MAGAZIN FÜR ENGAGIERTE KATHOLIKEN Juli-August 2023

Gemeinde creativ

INTERVIEW
mit Matthias Belafi

SCHWERPUNKT
Kirche und Kommune

ZUM ENGAGEMENT ERMUTIGEN

Kirche und Politik

ISSN 1618-8322

Gemeinde creativ

ISSN 1618-8322
66. Jahrgang
Juli-August 2023

Informationen

4 Akademie CPH verleiht Pirckheimer-Preise zum Thema „Mut“

6 Kämpfer für eine bessere Welt: Gerd Müller erhält Eugen-Biser-Preis

Meditation

8 **Hoffnungszeichen**
Von Cordula Klenk

Alle im Heft angegebenen Zusatzinformationen wie Links oder Literaturhinweise sowie unseren praktischen Jahresplaner für das Arbeitsjahr 2022/2023 finden Sie auf unserer Homepage **www.gemeinde-creativ.de** stets beim jeweiligen Artikel und zum Download.

FOTO: DIETER MAYR / KNA

FOTO: ADRIAN72 / ADOBE STOCK

Schwerpunkt: Kirche und Politik

10 **Mischt Euch ein!**
Von Alexandra Hofstätter

14 **Zwischen Rückzug und Neubeginn**
Von Johannes Först

16 **Was Kirche und Kommune verbindet**
Von Pat Christ

18 **Rechtskatholizismus – Christen mit „Rechtsdrall“**
Von Sarah Weiß

20 **Theologie des Streitens**
Von Erik Händeler

22 **„Mut wächst mit dem Beginnen“**
Interview mit Martha Bauer

24 **Dreh- und Angelpunkt und Motor**
Von Veit Neumann

25 **Kindertagesbetreuung – Spannungsfeld zwischen Kirche und Staat?**
Von Christian Huber

26 **Fledermausschutz in Kirchen im Landkreis Ebersberg**
Von Roswitha Holzmann

27 **Eine starke Partnerschaft**
Von Diana Stachowitz

Ökumene

32 **Warum die Welt so kompliziert ist**
Von Pat Christ

Katholisch in Bayern und der Welt

28 **Regenbogenpastoral – Weil Kirche LSBTI-Personen akzeptiert**
Von Michael Brinkschröder

34 **Begeistert sein**
Interview mit Kerstin Schlögl-Flierl

35 **Anders gedacht**

36 **Cartoon**
Von Thomas Plaßmann

FOTO: SHISU_KA / ADOBE STOCK

12

Ihr seid auf dem richtigen Weg!

Erstmals wurde ein Nichtpriester Leiter des Katholischen Büros Bayern. **Matthias Belafi** bildet die Spitze der Kontaktstelle zu Politik und Gesellschaft. Mit *Gemeinde creativ* hat er über das Verhältnis von Politik und Kirche in Bayern gesprochen, über die Rolle von religiösen Argumenten in politischen Debatten und darüber, dass engagierte Gläubige kein Sonderfall sein dürfen.

Impressum

Alle Autorinnen und Autoren erreichen Sie über die Redaktion. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck ist nach Rücksprache mit dem Landeskomitee möglich. ***Gemeinde creativ*** bemüht sich um eine Sprache, die niemanden ausgrenzt und alle Geschlechter anspricht. Wenn das einmal nicht gelingt, bitten wir um Nachsicht. *Gemeinde creativ* wird auf nachhaltigem Papier gedruckt.

Herausgeber und Verleger:
Landeskomitee der Katholiken in Bayern
vertreten durch Dr. Alexandra Hofstätter, Kommissarische Geschäftsführung
Redaktion: Dr. Alexandra Hofstätter und Dr. Hannes Bräutigam
Abo-Service und Vertrieb: Waltraud Keller

Kontakt:
Landeskomitee der Katholiken in Bayern
Schäfflerstraße 9 | 80333 München
Telefon: 089 2137 77331
E-Mail: gemeinde-creativ@landeskomitee.de

Druck: Gebr. Geiselberger GmbH
Martin-Moser-Str. 23 | 84503 Altötting

Satz und Layout: Miriam Hase, München

Erscheinungsweise:
6 Ausgaben pro Jahr.
Jahresabonnement kostenfrei bestellbar unter www.gemeinde-creativ.de.
Kündigungen jederzeit möglich.

30

Aus dem Landeskomitee

Wohnraum als Voraussetzung für sozialen Frieden

EDITORIAL

Die Kirche im Dorf lassen?

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer die Kirche im Dorf lassen soll, wird meist angemahnt, seine eigene Sache nicht zu wichtig zu nehmen. Mach du deins und lass meins in Ruhe. Das würde vielleicht einige Probleme lösen. Oder ausblenden. Jetzt sollen zwei schwere Begriffe wie Kirche und Politik in einem Heft zusammenkommen. Eine strikte Trennung wäre wohl einfacher. Die enge Verbindung von Staat und Kirche allein schon grammatikalisch als *Staatskirche* hat in der Christentumsgeschichte ja für dunkelste Momente gesorgt.

Andererseits geht es in der Politik wie auch in der Gemeinschaft aller Getauften um den gleichen Menschen, um die gleiche Lebenswelt. Politik hat die Macht, Gesetze und Rahmenbedingungen zu gestalten, gerechte Strukturen zu schaffen, die die Würde und Rechte jedes Einzelnen schützen. Kirche verkündet eine Botschaft von Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden und ermutigt Menschen, sich aktiv für das Gemeinwohl einzusetzen. Kirche ist nicht die bessere Partei, wie unser Interviewpartner Matthias Belafi ermahnt. Pfarrgemeinden stehen immer mehr unter Druck, wie sie Menschen noch Hilfe leisten und sie in ihren Bedürfnissen und Lebensherausforderungen begleiten können.

Auf den folgenden Seiten werden Perspektiven genannt, wie das Zusammenspiel zwischen Politikerinnen und Politikern, die nicht selten ehrenamtlich hoch engagiert sind, und kirchlichen Akteuren funktionieren kann. Das soll dafür sorgen, dass künftige Historikerinnen und Historiker über uns nicht von den dunklen Stunden der Christentumsgeschichte sprechen können. Wenn Säkularisierung hauptsächlich von Kirchenstrukturen, Ämtern und Lehren spricht, sollten wir vielleicht eher von anderen Orten reden, von veränderten Zusammenhängen, von der Fähigkeit des Menschen, über sich selbst hinausdenken und -fühlen zu können. Das wäre Transformation. Auch wird in einer Gemeinschaft nunmal gestritten, auch in einer mit Gott. Ein Zusammenraufen könnte doch Teil des Plans sein.

Menschen, die sich einmischen, Haltung zeigen, die sich bemühen, jede und jeden aufgrund seiner Würde als Einzelperson anzunehmen und Gemeinschaft zu bilden, sollten die Normalität sein und nicht als die komischen Außenseiter gelten, die für ihr ehrenamtliches Engagement gerade im kirchlichen Rahmen beäugt werden.

So wünschen wir Ihnen, dass das Heft dazu beiträgt, dass die Kirche eben nicht im Dorf bleiben wird, dass es über den Kirchturm hinaus gute und gestaltbare Perspektiven gibt und dass Sie dazu Impulse finden.

Viel Freude beim Lesen und gute Anregungen für Ihre kirchliche Arbeit wünscht Ihnen

Hannes Bräutigam

Ihr Hannes Bräutigam
Redaktion

Gemeinde creativ

INFORMATIONEN

Wer ist „Wir“?

Das Themenheft *anders handeln* sucht in der neuen Ausgabe nach dem, was uns verbindet. Jede und jeder von uns lebt in unterschiedlichen Wir-Bezügen: Familienmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde, Geschöpfe des Universums. Das Themenheft *anders handeln* des ökumenischen Vereins *Andere Zeiten* stellt in der Ausgabe „Wir“ Menschen vor, die sich in ihrem jeweiligen Kollektiv auf besondere Weise verorten.

Das Themenheft präsentiert in acht Nahaufnahmen Personen, die verbindende und trennende Wir-Erfahrungen gemacht haben. Ein Betroffener von der Flutkatastrophe im Ahrtal erzählt von dem sprunghaften Anstieg der Solidarität nach der Flut – und von der Enttäuschung über den schnellen Umschwung dieser Energie in Neid und Missgunst. Der „schwarze Ostfriese“ Pierrot Raschdorf spricht über Rassismus und Gruppenidentität. Das Heft beleuchtet das Wir-Gefühl in Bayerns erster Genossenschaftsbäckerei, die Emanzipation eines Zwillings, den Traum und Albtraum des Lebens im Wohnprojekt und vieles mehr. (pm)

✻ **Mehr unter**
www.gemeinde-creativ.de.

Mutige Initiativen „Nürnberg autofrei“ und „#OutInChurch“ ausgezeichnet, Dankeszeichen der Akademie an Werner Kügel

Akademie CPH verleiht Pirckheimer-Preise zum Thema Mut

Jedes Jahr im März feiert das Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) den Geburtstag seiner Namenspatronin, der Ordensfrau Caritas Pirckheimer (geb. 21.3.1467). Am Pirckheimer-Tag wird traditionell der Pirckheimer-Preis verliehen – eine Anerkennung für besondere Projekte, Einzelleistungen und Engagements mit Bezug zur Region. Am 25. März ehrte das Team des CPH in Anlehnung an das Motto des neuen Sommerprogramms „Mut – JETZT ist die Zeit!“ zwei couragierte Initiativen.

„Nürnberg autofrei“ – weniger Autos, mehr Platz für alle! Im Bündnis „Nürnberg autofrei“, gegründet im Januar 2022, engagieren sich Menschen, die glauben, dass es noch nicht zu spät ist, die Klimakrise abzufedern. Die Pariser Klimaziele sind die Grundlage ihrer Arbeit. „Nürnberg

FOTO: CPH

autofrei“ arbeitet auf lokalpolitischer Ebene an der Umsetzung der Forderung nach einer autoreduzierten Stadt bis zum Jahr 2030.

Bis zur Landtagswahl 2023 sollen für das Bürgerbegehren 15.000 Unterschriften in Nürnberg gesammelt werden. „Nürnberg autofrei“ ist auch Teil des bayernweiten Bündnisses „Wir transformieren Bayern“.

Sein Ziel formuliert das Bündnis „Nürnberg autofrei“ so: „Lasst uns gemeinsam diesen Weg gehen und Platz schaffen für Menschen anstatt Autos! Jedes Land, jede Stadt muss einen Beitrag leisten, um angesichts der heraufziehenden Klimakatastrophe den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu beschleunigen. Wir sind der Meinung, dass Bayern mit all seinen Potenzialen die sozial-ökologische Transformation schneller und besser vorantreiben könnte, als dies in den letzten Jahrzehnten der Fall gewesen ist.“

#OUTINCHURCH – FÜR EINE KIRCHE OHNE ANGST

Es kam einem Paukenschlag gleich: Am 24. Januar 2022 erklärten 125 Personen, die beruflich oder ehrenamtlich in der katholischen Kirche in Deutschland tätig sind, gemeinsam ihr Coming-out als lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intergeschlechtlich oder nichtbinär. Gleichzeitig wurden eine Fernsehdokumentation sowie eine Online-Petition mit Forderungen zum deutschen Arbeitsrecht der katholischen Kirche veröffentlicht. Initiatoren von #OutInChurch sind Jens Ehebrecht-Zumsande und Bernd Mönkebüscher. Mittlerweile haben sich mehr als 375 queere Menschen der Aktion angeschlossen.

Am Pirckheimer-Tag nahm Pater Ralf Klein SJ den Pirckheimer-Preis der Akademie CPH für die Initiative #OutInChurch entgegen. Der Jesuit trat 1984 in den Orden ein und wurde 1991 zum Priester geweiht. Von 2009 bis 2019 war er Provinzökonom der Deutschen Provinz der Jesuiten und damit auch für das Caritas-Pirckheimer-Haus mit zuständig. Seit 2020 ist er Superior der Kommunität in St. Blasien im Schwarzwald und arbeitet in der Seelsorgeeinheit St. Blasien mit. Claudio Ettl, Leiter des Ressorts Theologie, Spiritualität und Philosophie an der Akademie CPH, überreichte den Preis mit den Worten: „Stellvertretend für Initiatoren und Beteiligte der Aktion #OutInChurch ehrt die Akademie CPH den Jesuitenpater Ralf Klein SJ mit der Verleihung des Pirckheimer-Preises 2023. Sie zeichnet deren persönlichen Mut aus, durch ihr öffentliches Coming-out ein deutliches Zeichen für Diversität und gegen die Diskriminierung queerer Menschen in Kirche und Gesellschaft zu setzen.“

Das Dankeszeichen vergibt die Akademie CPH an Personen, die dem Caritas-Pirckheimer-Haus seit vielen Jahren verbunden sind. Dieses Jahr ging das Zeichen an Prof. Dr. Werner Kügel, der seit Februar 2000 Vorsitzender des Pegnesischen Blumenordens war und dieses Amt im Februar 2023 abgegeben hat.

Der Pegnesische Blumenorden geht auf die Barockzeit zurück. Im Jahr 1644 wurde er als Sprach- und Literaturgesellschaft begründet. Das Wort „Pegnesisch“ bezieht sich auf die Pegnitz, an deren Ufer sich in der Barockzeit Menschen versammelt haben, um Sprache und Kultur zu pflegen. (pm)

Gemeinde creativ

INFORMATIONEN

Trend geht zum Pfarrmagazin

Die Pfarrbriefe in Deutschland nehmen immer mehr ihre Funktion als Mitgliederzeitschrift wahr und fungieren nicht mehr nur als Gottesdienstanzeiger und Informationsblatt. Das hat der Bericht der Journalistin Christine Cüppers (Trier) auf der Bundeskonferenz von „Pfarrbriefservice.de“ gezeigt. Ihrer Einschätzung nach lässt sich deutschlandweit ein Trend zum Pfarrmagazin ausmachen. „Es gibt viele Redaktionen, die ein Pfarrmagazin gestalten, das sich inhaltlich und optisch an einen breiten Leserkreis wendet. Dieser Trend nimmt zu“, sagte sie. „Und stark zugenommen hat die thematische Schwerpunktsetzung. Das war vor zehn Jahren so noch nicht zu sehen“, sagte Cüppers. Das Pfarrmagazin werde genutzt, um die Kirchenmitglieder bei den anstehenden strukturellen Veränderungen hin zu größeren Seelsorgeeinheiten zu informieren und „mitzunehmen“. Sie beobachte auch, wie die Zusammenlegung in größere pastorale Räume oftmals eine Neuaufstellung der Pfarrbriefarbeit und eine Professionalisierung nach sich ziehe, sagte Cüppers. Hier biete der Pfarrbrief-Check einen wertvollen Service, der Tipps, Orientierung und einen neutralen Blick von außen ermögliche. (ek)

FOTO: JOHANNES CÜPPERS

✻ **Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

Dokumentation: Kirche ohne Illusionen – Christentum in der Minderheit

Bundesweit sorgte 2022 die Nachricht für Schlagzeilen, dass rein rechnerisch weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland einer der beiden christlichen Kirchen angehören. Christen leben also in Deutschland „längst in einer ausgeprägten Minderheitensituation“, wie Monsignore Michael Bredeck (Diözesanadministrator des Erzbistums Paderborn) und Monsignore Georg Austen (Generalsekretär des Bonifatiuswerkes) im Vorwort zur gerade erschienenen Dokumentation der Tagung „Kirche ohne Illusionen“ betonen. Das Werkstattgespräch mit etwa

40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatten beide Institutionen im vergangenen November im Bildungshaus Liborianum veranstaltet. Dabei ging es darum, dass Leben in der Minderheit weder als Schreckgespenst noch als Wunschvorstellung, erst recht aber nicht als Damoklesschwert wahrzunehmen. Die Dokumentation fasst die Themen des Werkstattgesprächs zusammen und möchte so dessen Ergebnisse sichern und Eindrücke und Erfahrungen der zweitägigen Tagung in Paderborn an die Leserinnen und Leser weitergeben. (pm)

*** Kirche ohne Illusionen, erschienen im Bonifatiuswerk, Umfang: 60 Seiten.**
Mehr unter
www.gemeinde-creativ.de.

Kämpfer für eine bessere Welt: Gerd Müller erhält Eugen-Biser-Preis

Die Eugen-Biser-Stiftung ehrte in diesem Jahr Gerd Müller, Generaldirektor der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a.D., mit dem Eugen-Biser-Preis.

Der Preis zeichnet herausragende Persönlichkeiten des öffentlichen und akademischen Lebens aus, die sich im Sinne der Theologie Eugen Bisers um christliche Werte und einen auf Freiheit, Frieden und Toleranz gründenden Dialog mit anderen Religionen, Weltanschauungen und Kulturen verdient gemacht haben.

Die Stiftung würdigt mit Gerd Müller einen Politiker, der sich leidenschaftlich für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung einsetzt. Tief verwurzelt im christlichen Glauben sind Werte wie Nächstenliebe und Solidarität Richtschnur seines politischen Handelns. Und immer wieder betont er die Rolle von Religion und des interreligiösen Dialogs als Basis für ein friedliches Miteinander. „Religion kann Brücken bauen und Menschen motivieren, sich für Andere und die Umwelt einzusetzen“, ist der Preisträger überzeugt.

Mit Gerd Müllers Zeit als Bundesminister sind zukunftsweisende Initiativen und Gesetze verbunden. Vor allem in Afrika regte er kontinuierlich Projekte an, um Hunger und Armut zu überwinden. Kurz vor Ende seiner Amtszeit verabschiedete der Deutsche Bundestag das maßgeblich von Gerd Müller initiierte sogenannte Lieferkettengesetz – ein Meilenstein gegen die Ausbeutung in Ländern des Globalen Südens. Als Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) wird er das große Ziel eines „Marschallplans mit Afrika“ weiterverfolgen.

„Gerd Müller engagiert sich nachhaltig für Menschenwürde, Gleichberechtigung und die Achtung des

FOTOS: STEFAN OBERMEIER / EUGEN-BISER-STIFTUNG

Monsignore Dr. Axel Mehlmann, Stefan Zinsmeister, Gina Ama Blay, Joachim Herrmann, Dr. Theo Waigel, Dr. Gerd Müller, Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Dr. Heiner Köster, Stephan Kersten, Prof. Dr. Martin Thurner, Michaela Leitner, Marianne Köster (von links nach rechts).

„Hunger ist Mord“ – so lautet Gerd Müllers Appell an eine globale Gesellschaft, die die Mittel in der Hand hat, dass kein Mensch auf dieser Welt an Hunger leiden oder gar sterben muss.

Anderen“, heißt es in der Preis-Begründung von Prof. Martin Thurner, dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates der Stiftung. Mit seinem politischen Wirken trage er dazu bei, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Menschen die freie Entfaltung ihrer Potenziale ermöglichen. Diese Hilfe zu einer Entwicklung im umfassenden Sinne sei auch wesentliches Anliegen des Christentums – so die Quintessenz der Theologie Eugen Bisers.

Gerd Müller wurde in Krumbach geboren. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1988 wurde er an der Universität Regensburg promoviert. Zu seinen beruflichen Stationen zählen 2005 bis 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2013 bis 2021 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und 2021 Wahl zum Generaldirektor der „Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung“ (UNIDO). Seit 2009 ist er Honorarprofessor für Internationale Agrarpolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, von 2017 bis 2021 war er Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, er ist Schirmherr von „1000 Schulen für unsere Welt“ sowie Kuratoriumsvorsitzender der Welthungerhilfe.

Die Zukunft des Christentums und der interreligiöse Dialog sind die Kernthemen der Eugen-Biser-Stiftung. Aus christlicher Perspektive und auf der Basis von Menschenwürde, Freiheit und Toleranz will sie einen Beitrag leisten für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralen, freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Die Stiftung ist überregional tätig. (bra)

So schön war das Bennofest 2023

Zwei Tage lang, von 17. bis 18. Juni 2023, und zeitgleich zum Stadtgründungsfest, feierte das Erzbistum den Münchner Stadtpatron, den heiligen Benno. Neben einem bunten und vielfältigen Rahmenprogramm aus Musik und Tanz luden auch der festliche Gottesdienst mit Weihbischof Bischof sowie die Vesper und Reliquienprozession mit Generalvikar Christoph Klingan zahlreiche Gäste zur Mitfeier ein. Als Gastgeber des Bennofestes hatten die Seelsorgsregion München und der Katholikenrat der Region München diesmal das Motto „Frieden leben“ gewählt. Mit großem Einsatz beteiligten sich wieder verschiedene katholische Vereine und Verbände, muttersprachliche Gemeinden, Einrichtungen der Erzdiözese, das Evangelisch-Lutherische Dekanat München und Musikgruppen aus der Stadt am Standprogramm. Mitreißende musikalische Höhepunkte boten vor allem die Main Acts FENZL & Band sowie D‘Hundskrippln, die – egal ob jung oder alt – zum Mittanzen und -singen animierten. (pm)

FOTO: ROBERT KIDERLE

✻ Mehr zum Fest finden Sie auf www.gemeinde-creativ.de.

Hoffnungs-zeichen

Von Cordula Klenk

Geh das Wagnis ein auf deinem Weg
öffne dich
wie eine Muschel

das Ungewohnte und Fremde nimm an
von Verletzungen und Schmerzen lass dich berühren
durch Störung und Reibung forme Kostbarkeiten

so kann Verwandlung geschehen
wird Heilung möglich
offenbart sich dein Schatz

Effata! – Öffne dich!
du Mensch
du Kirche

FOTO: CHRISTIAN KLENK

Mischt Euch ein!

FOTO: ALPHASPIRIT / ADOBE STOCK

Vielfach ist von *Politik*, *Wirtschaft*, *Gesellschaft* und *Kirche* die Rede. Ganz so, als ließen sich diese Bereiche klar voneinander trennen, als wären sie eigenständig, ohne Berührungspunkte. Das stimmt aber nicht. Die Schnittmengen sind mannigfach, Zusammenhänge gibt es überall. Das beginnt schon damit, dass es weder „die" Politik oder Wirtschaft, noch „die" Gesellschaft und auch nicht „die" Kirche gibt. Und weil alles miteinander verbunden ist, wie Papst Franziskus nicht zuletzt in seiner öko-sozialen Enzyklika *Laudato si'* deutlich gemacht hat, dürfen auch wir als Christinnen und Christen nicht nur in unserer eigenen Blase bleiben.

Von Alexandra Hofstätter

Kommissarische Geschäftsführerin des Landeskomitees

Kirche existiert nicht außerhalb der Gesellschaft. Viele Themen, die die Bibel uns Christinnen und Christen ins Stammbuch geschrieben hat, sind keine rein kirchlichen und schon gar keine rein katholischen. Umweltschutz und die Sorge um das Klima, Dasein für die Armen, Schwachen und Bedürftigen, der Einsatz für Frieden und Versöhnung – das sind nur ein paar Schlaglichter. Sie alle kennen wir aus den Medien, sie alle sind hochaktuell und sie alle sind urchristlich.

Das Landeskomitee der Katholiken in Bayern ist der Zusammenschluss der Diözesanräte der bayerischen Bistümer, der katholischen Verbände und auf der Landesebene tätigen kirchlich anerkannten Organisationen und Einrichtungen sowie von Einzelpersönlichkeiten. Im Statut heißt es: „Das Landeskomitee hat vor allem die Entwicklungen im gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Leben zu beobachten und Anliegen der Katholiken von landespolitischer Bedeutung in der Öffentlichkeit zu vertreten" – die Mitglieder des Landeskomitees nehmen diesen gesellschaftlichen Auftrag seit der Gründung des Landeskomitees vor inzwischen mehr als 70 Jahren ernst.

Diese „katholische Zivilgesellschaft", wie die Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sie jüngst genannt hat, besteht aus engagierten Räten und Verbänden, Bildungseinrichtungen und Sozialdiensten. Sie ist jedoch nicht nur auf die Bundes- und Landesebene oder die Diözesen beschränkt, sie gibt es auch in den Seelsorgebereichen vor Ort und schließlich in jeder einzelnen Pfarrgemeinde. Nämlich überall dort, wo Menschen im Auftrag Jesu Christi zusammenkommen, um die Welt ein Stück weit besser zu machen.

AN DER BASIS

In jeder Gemeinde gibt es Andockpunkte, um als Pfarrgemeinderat oder Ortsgruppe eines Verbandes aktiv zu werden. Überall gibt es arme und bedürftige Menschen – vielfach

sieht man sie nur nicht. Mit einer Kooperation, beispielsweise mit der örtlichen Caritas oder anderen sozialen Akteurinnen und Akteuren, lässt sich für die Betroffenen oft mit wenig Aufwand eine spürbare Verbesserung ihrer Situation schaffen. Es muss nur einer damit anfangen, dann schauen plötzlich viele hin und packen mit an.

Ein wichtiger Arbeitgeber in Ihrer Region möchte abwandern oder Stellen abbauen? Setzen Sie sich gemeinsam mit Gewerkschaften und der Kommune für eine gute Lösung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein – nicht nur, weil unter ihnen Kirchensteuerzahlerinnen und Kirchensteuerzahlen sind, sondern weil es als Dienst an den Menschen geboten ist. Allein der Umweltbereich bietet eine Vielzahl von Betätigungsoptionen und Kooperationsmöglichkeiten. Als Jugendgruppe eine Blühwiese im Pfarrgarten anlegen oder eine Kräuterschnecke für die Kinder in der Kita oder Schule bauen, welche diese dann selbst bepflanzen und beernten können, gemeinsam mit örtlichen Naturschutzvereinen nach geeigneten Nistplätzen auf Kirchengrund suchen, Nistkästen anbringen und pflegen, zusammen mit der Stadtverwaltung über eine naturnahe und artenfreundliche Gestaltung des Friedhofsgeländes und anderer gemeinsam genutzter Flächen nachdenken oder neue Angebote und Formate der Umweltbildung mit Bildungsträgern erarbeiten und umsetzen – damit seien nur ein paar wenige, aber ganz konkrete Ideen benannt.

Wahlen bieten jedes Mal einen guten Anknüpfungspunkt an die lokale Politik – suchen Sie als Pfarrgemeinde- oder Dekanatsrat sowie als Verband das Gespräch mit „ihren" Kandidatinnen und Kandidaten. Lassen Sie sich nicht mit allgemeinen Antworten „abspeisen" und bringen Sie im Gespräch mit diesen deutlich ihre Haltungen und Forderungen zu aktuellen Themen ein.

GEHÖR FINDEN

Kirchliche Akteurinnen und Akteure stellen bisweilen fest, dass es immer schwieriger wird, christliche Positionen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Der Missbrauchsskandal und seine Folgen, massive Austrittszahlen – die Medien sind voll von negativen Meldungen rund um Kirche. Der Glaubwürdigkeitsverlust in der breiten Öffentlichkeit ist groß. Ein Impuls mag sein, sich hinter die eigenen Kirchenmauern zurückzuziehen und „unter sich" zu bleiben. Das ist verständlich, wäre aber falsch. Denn: die Gesellschaft braucht Impulse von engagierten Christinnen und Christen. Wer, wenn nicht wir, muss Partei ergreifen für diejenigen, die es selbst nicht können? Wer, wenn nicht wir, muss in ethischen Fragen neben allen rechtlichen und medizinischen Perspektiven auch die moralischen Blickwinkel mit dazulegen? Wer, wenn nicht wir, muss sich einsetzen für Frieden, Verständigung und Versöhnung, für Gerechtigkeit und Menschenwürde?

Daher: Hartnäckig bleiben, auch wenn man zuerst abgewiesen wird. Weiter sprechen, wenn man beim ersten Mal nicht gehört wird. Mit Haltungen und Argumenten überzeugen, glaubwürdig sein und selbst mit einem guten Beispiel vorangehen.

Als Christinnen und Christen können wir der Gesellschaft vieles anbieten. Kehren wir das Beste von uns heraus und setzen es für eine gemeinsame Zukunft ein.

FOTO: APRILIAN / ADOBE STOCK

Es gibt viele Möglichkeiten, sich als Pfarrgemeinde oder Verband vor Ort gesellschaftlich zu engagieren. Alleine der Umweltbereich bietet eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten.

Ihr seid auf dem richtigen Weg!

Erstmals wurde ein Nichtpriester Leiter des Katholischen Büros Bayern. Dr. Matthias Belafi bildet die Spitze der Kontaktstelle zu Politik und Gesellschaft. Mit *Gemeinde creativ* hat er über das Verhältnis von Politik und Kirche in Bayern gesprochen, über die Rolle von religiösen Argumenten in politischen Debatten und darüber, dass engagierte Gläubige kein Sonderfall sein dürfen.

Gemeinde creativ: Ich hoffe, Sie haben sich bereits gut eingelebt in Ihren neuen Räumen, wie sieht Ihr Arbeitsalltag gerade aus?

Matthias Belafi: Die ersten Wochen und Monate sind davon geprägt, mich in meiner neuen Position vorzustellen und Gremien zu besuchen. Die vielen verschiedenen Beteiligten kennenzulernen, ist momentan das A und O, sei es im staatlichen, gesellschaftlichen oder innerkirchlichen Bereich. Bei Antrittsbesuchen geht es zunächst nicht um eine inhaltliche Agenda, aber im gegenseitigen Austausch kommen dann immer gleich auch die inhaltlichen Themen auf.

Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Politik und Kirche in Bayern beschreiben?

Das ist in Bayern schon ein besonderes Verhältnis. Aufgrund der starken Verwurzelung der Kirche in der Gesellschaft pflegen beide Bereiche einen intensiven Umgang miteinander. Das finde ich schön und das erleichtert auch Vieles. Zudem gibt es viele verschiedene Player, mit denen man sich vernetzen muss. Gleichzeitig kann diese besondere Verwobenheit natürlich immer mal wieder auch ein Punkt der Kritik sein und Anlass für die Forderung, das Zueinander neu zu gestalten. Doch das Verhältnis einer Trennung von Kirche und Staat bei gleichzeitiger Möglichkeit der Kooperation hat sich bewährt: Kirche soll nicht der Staat sein und der Staat keine Kirche. Beide kümmern sich jedoch um die gleichen Menschen und sie arbeiten dort zusammen, wo sie gleiche Anliegen haben. Es heißt ja oft, in Bayern gehen die Uhren anders, aber ich glaube, oftmals gehen sie auch nur nach. Das betrifft allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen wie die Säkularisierung. Das wird in Bayern nicht auf ewig ausbleiben, die Veränderungen gibt es auch hier und die potenzielle Fallhöhe ist in Bayern noch größer. Aber meine Hoffnung ist trotzdem, dass Bayern immer ein wenig besonders bleibt.

Wie können Konflikte zwischen religiösen Gruppen und politischen Entscheidungsträgern gelöst werden?

Aufgrund der gesellschaftlichen Verschiebungen durch die zunehmende Säkularisierung wird auch das Konfliktpotential größer. Ich glaube allerdings, dass das Problem gar nicht so sehr in wirklichen Konflikten liegt, sondern eher in einem zunehmend mangelnden Verständnis für kirchliche oder noch besser gesagt: für religiöse Fragen insgesamt. Denn mit Religion sind ja immer auch Besonderheiten verbunden. Einerseits geht es um spezielle Bedürfnisse und auch spezielle Ansprüche, Kirche und Religion leisten aber vor allem auch spezifische Beiträge für die Gesellschaft und das Gemeinwohl. Und meine Sorge ist, dass das Verständnis dafür ein stückweit verloren geht.

Würden Sie sagen, dass religiöse Argumente in politischen Debatten eine Rolle spielen sollten?

Vielleicht geht es weniger darum, ob sie eine Rolle spielen sollen als ob sie eine Rolle spielen dürfen. Und das ist zu bejahen. Dafür sollten sie aber – ganz im Sinne von Habermas - rational zugänglich und damit auch gesellschaftlich anschlussfähig sein. Dann werden religiöse Argumente auch gehört. Und in diesem Sinne sollten sie meines Erachtens dann auch eine Rolle in der gesellschaftlichen Debatte spielen, gerade weil Religionen auch Fragen beantworten können, die andere nicht mehr beantworten. Wenn es beispielsweise um die Letztbegründung der Menschenwürde geht, da macht es einen Unterschied, ob ich im christlichen Kontext aus der Unverfügbarkeit des Menschen heraus argumentiere. Das christliche Menschenbild ist ein vernünftiges und realistisches Menschenbild. Es geht vor allem von der Fehlerhaftigkeit des Menschen aus. Das kommt heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen und Debatten gar nicht mehr vor, zumm Beispiel in der perfekten Social-Media-Welt oder bei der Diskussion um Straßenbenennungen. Dabei gibt es den perfekten Menschen ja gar nicht.

Sollte die Kirche in politischen Fragen eine Meinung haben und diese öffentlich äußern?

Kirche muss sich unbedingt einmischen. Nicht gerade bei kleinteiligen tagespolitischen Fragen. Ich weiß nicht, ob die Kirche nun wirklich besser weiß, ob der Mindestlohn bei exakt 13,10 statt 12,80 EUR liegen muss. Die Kirche ist nicht die bessere Partei. Doch bei Grundsatzfragen muss Kirche selbstverständlich ihre Stimme erheben. Denn es ist Bestandteil unseres Glaubens, nicht nur auf jenseitige Erlösung zu hoffen, sondern sich jetzt schon für Gerechtigkeit und Frieden, für eine bessere Welt einzusetzen.

Wie beeinflusst die religiöse Überzeugung von Politikern ihre politischen Entscheidungen?

Natürlich haben alle Menschen und damit auch alle Politiker unterschiedliche Prägungen. Aber es ist schön, dass es gerade in Bayern noch sehr viele Menschen gibt, die sich gerade auf Grundlage ihrer christlichen Überzeugung in der Politik engagieren. Trotzdem muss man in einer pluralen Gesellschaft auch bereit sein, mit allen anderen in Kontakt und Dialog zu treten. Der Anspruch an einen Politiker ist natürlich, Politik für alle Menschen zu machen. Dazu muss man auf einer vernünftigen Basis überlegen, was dem Menschen gemäß ist, und darf keine allzu partikularen Interessen einbringen. Und da hilft es meines Erachtens dann auch wieder, dass das christliche Menschenbild so anschlussfähig ist, dass

es eine gute Grundlage für politische Entscheidungen bilden kann.

Wie wird die Zusammenarbeit zwischen Pfarrgemeinden und politischen Institutionen in Bayern organisiert?

Mir ist es wichtig, dass wir ehrenamtlich Engagierte unterstützen und ermutigen. Wer sich vor Ort in der Pfarrei engagiert, ist kein Sonderling, sondern wir sind als Kirche eine große Gemeinschaft von ganz vielen Engagierten. Mir ist in den vielen Gesprächen der letzten Monate klar geworden, wie stark für viele der Auftrag, für andere da zu sein, mit dem Christentum verbunden ist. Auch Menschen, die sich christlich motiviert in der Politik engagieren, sollten von Seiten der Kirche nicht nur kritisiert werden, wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, sondern sollten vor allem ermutigt werden. Insgesamt ist für das gesellschaftliche Engagement aus der katholischen Soziallehre so ein reicher Schatz zu heben. Viele katholische Verbände pflegen das schon seit jeher. Vielleicht muss man in der Zukunft auch neue Formen finden, wie man Engagierte stärken und ihnen noch mehr sozialethisches Wissen mitgeben kann.

Was würden Sie sich von der Landespolitik wünschen und was von den bayerischen Bischöfen?

Von der Landespolitik würde ich mir wünschen, dass sie sich das Verständnis bewahrt für das, was Kirche ausmacht, was Religion ausmacht, für ihre Besonderheiten, und dass man nicht nur auf die Zahl der Mitglieder schaut, sondern vor allem darauf, was die Kirche beizutragen hat. Von den Bischöfen würde ich mir wünschen, dass sie ein Gespür dafür haben, was es an politischen Notwendigkeiten und Zwängen gibt, dass Politik Kompromisse erfordert, und dass sie in diesem Sinn stets die Zeichen der Zeit erkennen und die gesellschaftlichen Entwicklungen, in die wir als Kirche hineingestellt sind, auch mitbegleiten. Wenn beide Wünsche in Erfüllung gehen, dann spricht das auch in Zukunft für ein gedeihliches Miteinander von Staat und Kirche.

Haben Sie einen Appell oder eine Ermutigung für die vielen ehrenamtlich Engagierten vor Ort?

Ich denke, die Ermutigung besteht schon darin zu sagen: Ihr seid gar nicht allein, wir stehen als ganze Gemeinschaft ein. Ihr seid nicht die Ausnahme, auch wenn man sich oft fragt: Wozu mache ich das alles eigentlich? Aber genau diese Engagierten machen es gerade richtig. Es ist wichtig, sich für andere einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Davon lebt die Gesellschaft. Ihr seid auf dem richtigen Weg und nicht diejenigen, die sich zurückziehen.

*** Dies ist eine Kurzfassung. Das ganze Interview lesen Sie unter www.gemeinde-creativ.de.**

Matthias Belafi

Die bayerischen Bischöfe beriefen den promovierten Politologen Matthias Belafi (45) zum 1. März 2023 an die Spitze der Verbindungsstelle der katholischen Kirche zu Politik und Gesellschaft in Bayern. Matthias Belafi leitete in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf seit 2018 das Referat „Kontakte zu Kirchen, jüdischen Kultusgemeinden und sonstigen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Religionsverfassungsrecht". Davor war er mehr als zehn Jahre lang im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn als Geschäftsführer der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen mit der bundes- und europapolitischen Positionierung der deutschen Bischöfe befasst. Belafi ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Synodalversammlung des Synodalen Wegs. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

FOTO: DIETER MAYR / KNA

Über Transformationen des Christentums

Zwischen Rückzug und Neubeginn

Die katholische Kirche steht momentan erheblich unter Druck. Nicht zuletzt aufgrund des Vertrauensverlustes, der durch die nicht enden wollenden Aufdeckungen sexuellen und spirituellen Missbrauchs sowie systeminterner Vertuschungsstrategien entstanden ist, verliert die Kirche derzeit massiv an gesellschaftlicher Zustimmung und Beteiligungsbereitschaft. Doch der Rückzug der Kirche ist nicht erst seit diesen Aufdeckungen im Gange.

Von Johannes Först

Professor und Lehrstuhlinhaber für Pastoraltheologie an der Universität Würzburg, Forschungsschwerpunkt: Religion und Kirche im Modernisierungsprozess

Schon in der Zeit vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 bis 1965) deuteten zentrale Parameter darauf hin, dass der Kirche gravierende Veränderungen ins Haus stehen, auf die das Konzil Antworten finden wollte. Doch es wäre zu kurz gesprungen, würde man das Lagebild der Kirche ausschließlich negativ zeichnen, gibt es doch auch zahlreiche Anzeichen, dass der Transformationsprozess von Kirche und Christentum hin zu einem Neubeginn in Deutschland gelingen kann.

SÄKULARISIERUNG ODER TRANSFORMATION?

Es scheint so, als ob sich die alte Säkularisierungsthese heute bewahrheiten würde. Diese ging davon aus, dass gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und Religion in Konkurrenz zueinander stünden. Die Religion, so diese Annahme, würde aus diesem Konkurrenzverhältnis früher oder später als Verliererin herausgehen, sich ins Privatleben der Menschen zurückziehen und irgendwann ganz aus der modernen Welt verschwinden. Auch wenn diese These nicht völlig falsch lag, weil bestimmte religiöse Vorstellungen und Praktiken mit der Zeit tatsächlich vergangen sind (was religionsgeschichtlich gesehen ein völlig normaler Prozess ist), sind doch bestimmte Religions- und Glaubensbestände auch heute mitunter höchst vital erlebbar. Diese sind säkularisationstheoretisch nicht gut abbildbar. So kann die These vom prinzipiellen Religionsschwund in der Moderne nicht erklären, weshalb beispielsweise Sonntagsgottesdienste in den Pfarreien kaum mehr mitgefeiert werden, persönliche Lebensereignisse und -übergänge wie Geburten und Todesfälle, überhaupt Segensfeiern anlässlich wichtiger Lebensereignisse, vergleichsweise hoch im Kurs sind. Ebenso kann die Annahme einer prinzipiellen Religionsunverträglichkeit der Moderne nicht gut erklären, weshalb die Kirche in ihrer Sozial- und Bildungsarbeit hohe gesellschaftliche Anerkennung erfährt, gleichzeitig aber unter einem eklatanten Beteiligungsmangel in den Pfarreien leidet. Und schon gleich gar nicht will die allgemeine Säkularisierungsthese zu der Konjunktur spiritueller Themen und Praktiken passen, die seit geraumer Zeit auf höchst vielfältige und autonome Weise Einzug in moderne Lebenswelten gehalten hat.

So gesehen ist es hilfreich, den sozialen und religiösen Wandel mit einem weiteren theoretischen Zugang zu ergänzen: gemeint ist die Transformationstheorie. Sie besagt, dass Religion und Kirche mit modernen Lebenswelten kompatibel sind, sie die moderne Gesellschaft sogar mitformen und sich dadurch selbst verändern. Vor diesem Hintergrund können viele aktuelle kirchliche (Krisen-)Phänomene nicht als Niedergangs-, sondern als Veränderungsphänomene gelesen werden. Der Reformprozess „Synodaler Weg“ in Deutschland kann transformationstheoretisch als Entwicklungsprozess gedeutet werden, in dem sich die katholische Kirche an die Werte des modernen Rechtsstaats und dessen demokratische Kultur anzupassen versucht: Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten aller, Gleichberechtigung der Geschlechter und vieles mehr. Die Auseinandersetzung um die Zugangsmöglichkeiten von Frauen zu allen kirchlichen Ämtern ist so gesehen ein Ausdruck des Transformationsprozesses einer im Kern männlich-monarchisch strukturierten katholischen Kirche hin zu einer zeitgerechteren Kirche, die Mitwirkungsmöglichkeiten am kirchlichen Weiheamt nicht aufgrund des Geschlechts per se ausschließt.

Beide Theorien, Säkularisierung und Transformation, beruhen auf unterschiedlichen Vorannahmen darüber, was Religion im Kern ausmacht. Während die Säkularisierungsthese vor allem auf die offiziellen „Substanzen“ des Christentums

fokussiert (beispielsweise Sonntagsgottesdienst, Kirchenstrukturen, Ämter, Lehren, typische Gegenstände und anderes), sieht die Transformationstheorie Religion als anthropologisches Phänomen an, das prinzipiell jeden Menschen auf unterschiedliche Weise auszeichnet. Im Mittelpunkt steht die menschliche Eigenschaft, sich selbst, das Leben und die Welt zu transzendieren, das meint, über die Daseinsgrenzen hinausdenken und erfahren zu können. Der transformationstheoretische Blick auf Kirche und Christentum eröffnet ein sehr breites Feld, Kirche und christliches Leben in modernen Zeiten weiterzuentwickeln, ohne sich in unergiebigen Rückzugsgefechten zu verstricken. Auf der anderen Seite stellt sich so aber auch die Herausforderung, das verbindend Christliche bzw. Kirchliche überlieferungs- und zeitgerecht immer wieder neu zu formulieren, ohne Beliebigkeiten einerseits und ohne rigorosen Abgrenzungstendenzen andererseits zu verfallen. Jedenfalls muss man bereit sein, Christentum und Kirche in neuen Formen, an anderen Orten und in veränderten Zusammenhängen zu denken und zu leben.

SEELSORGE UND PFARREI

Am Beispiel der Pfarreiseelsorge kann man diese Herausforderung im Moment sehr gut nachvollziehen. Die Pfarreien und Gemeinden stehen schon seit Jahren unter Druck. Die Teilnahmequoten am Sonntagsgottesdienst und am pfarreilichen Leben nehmen beständig ab und laufen in manchen Regionen Deutschlands gegen null. Dazu kommt ein notorischer Mangel an Klerikern, die man nach den Anforderungen des Kirchenrechts eigentlich bräuchte, um Pfarreien zu leiten. Dies alles kann man als Säkularisierungsphänomen deuten, insofern so zentrale Substanzen wie die hier genannten mehr und mehr verschwinden (siehe oben). Wirft man hingegen einen transformationstheoretischen Blick auf die Pfarreien und großen Seelsorgebereiche und fokussiert auf die menschliche Eigenschaft, sich selbst, Leben und Welt (auch transzendenzbezogen) deuten und begehen zu können beziehungsweise zu müssen, wird

FOTO: POLOJR / ADOBE STOCK

Transformierung statt Säkulierung: Die klassischen Pfarreien haben ihre Aufgaben und Funktionen neu auszurichten, um den Menschen Hilfe leisten und Begleitung angesichts ihrer Bedürfnisse und Lebensherausforderungen geben zu können.

deutlich, dass die klassischen Pfarreien ihre Aufgaben neu auszurichten haben, um den Menschen Hilfe leisten und Begleitung angesichts ihrer Bedürfnisse und Lebensherausforderungen geben zu können. Im Mittelpunkt müssten dann die existentiellen Herausforderungen der Menschen stehen, die sinnvoll gedeutet und begangen werden wollen. Dazu gehört sicherlich auch der Dienst an den „Armen und Bedrängten aller Art“ (GS 1, II. Vaticanum), die in das Zentrum der Pfarreiseelsorge zu rücken sind. Auf diesem Wege würden die Pfarreien und Seelsorgeverbände neue Aufgaben und Funktionen bekommen, die von der Modernisierung nicht weggespült werden, sondern neue Perspektiven christlicher Glaubenspraxis öffnen – allerdings zum Preis, sich von manchen gewohnten Programmen und Tätigkeiten verabschieden zu müssen, um Neues beginnen zu können.

Vielleicht ist ein Projekt im Erzbistum München und Freising hierfür ein gutes Beispiel. Dort wird die katholische Kirche im Frühjahr 2024 am Münchener Ostfriedhof ein „Trauerpastorales Zentrum“ eröffnen, das Trauernden und Hilfesuchenden aller Konfessionen und Religionen offenstehen soll. Ziel ist es, den Menschen in ihrer besonderen Lebenssituation des Abschieds und Verlustes mit einem differenzierten Angebot gerecht zu werden. Professionelle seesorgliche Begleitung, Begegnungsmöglichkeiten, Gesprächsrunden und Vorträge sind auf die Bedürfnislage der Menschen ausgerichtet. Ihre Situation bildet den thematischen Referenzpunkt kirchlichen Handelns. Was manchen auf den ersten Blick womöglich als Reduzierung des kirchlichen Sendungsauftrages erscheinen mag, kann auf den zweiten Blick als Modell für den Neubeginn kirchlicher Seelsorge vor Ort interpretiert werden. Nichts spricht dagegen, dass sich an solchen Orten eine neue Dynamik kirchlichen, christlichen und nicht zuletzt auch gottesdienstlichen Lebens entwickeln wird – verstanden als Transformationsphänomene, die sich im sozialen Wandel der Zeit aus der klassischen Pfarreiseelsorge heraus neu entwickelt haben.

Studientagung der Erzdiözese München und Freising seit Jahrzehnten erfolgreich

Was Kirche und Kommune verbindet

Hohe Zuwanderung, schwindende Biomasse und enge Finanzbudgets – es gibt gerade eine Unmenge an brisanten Themen, die vor Ort bewegen. „Und zwar kommunale Gemeinden ebenso wie Pfarrgemeinden“, sagt Josef Peis, Geschäftsführer des Diözesanrats der Katholiken der Erzdiözese München und Freising. Diese Erkenntnis steckt hinter den „Kommunalpolitischen Studientagungen“, die der Diözesanrat schon seit mehr als 40 Jahren höchst erfolgreich anbietet.

FOTO: PAT CHRIST

Kommt der Pfarrgemeinderat im Pfarrheim zusammen, wird nicht selten über Themen diskutiert, über die auch Lokalpolitiker nachdenken.

Von Pat Christ

Freie Journalistin

Jedes Kirchenmitglied ist auch Steuerzahlerin respektive Steuerzahler. Ist Bürgerin respektive Bürger. Kommunalpolitikerinnen und -politiker wiederum sind nicht selten kirchlich engagiert. Josef Peis vom Diözesanrat ist dafür das beste Beispiel: „Ich bin auch Stadtrat in Ebersberg.“ Als solcher weiß er um den Druck, der auf Lokalpolitikern lastet: „Man hat kaum Zeit, mal nach rechts oder links zu schauen, was andere machen.“ Diese Zeit nehmen sich Kommunalpolitiker und Pfarrgemeinderäte einmal im Jahr, wenn sie bei den „Kommunalpolitischen Studientagungen“ zusammenkommen. Dabei geht es um Themen, die sowohl in der kirchlichen als auch in der weltlichen Sphäre von Relevanz sind.

Gerade in den aktuellen Zeiten, die mitunter als Tanz auf dem Vulkan erscheinen, gilt es, wichtige Probleme mutig anzupacken. Eine Frage, die Kommunalpolitiker und Pfarrgemeinderäte verbindet, lautet zum Beispiel: „Wie können wir bei uns in der Gemeinde ein gutes Miteinander schaffen?“ Der Blick über den Tellerrand wird laut Josef Peis jedes Mal wieder als äußerst bereichernd erlebt: „Kommunalpolitiker erfahren, dass sie mit den Kirchen Partner haben, die am gleichen Strang ziehen.“ Anschaulich wird dies etwa, wenn es um das gesunde Aufwachsen von Kindern geht: „Werden doch Kindergärten vor Ort meist von der katholischen Kirche getragen.“

Bürgerinnen und Bürger teilen, geht es um die große oder auch um die kleine Politik, gern schlechte Noten aus oder zweifeln an der Redlichkeit der jeweiligen Akteure. Am Stammtisch wird laut kritisiert. Gestänkert. Wenn nicht gar angeklagt. Bei den Studientagungen allerdings verfliegen Vorurteile im Nu. So jedenfalls die Erfahrung von Politikberater Erwin Fellner aus Bad Tölz, der 2022 eingeladen war, um über „Lernende Kommunalpolitik“ zu referieren. „Ich habe die Teilnehmerinnen und Teilnehmer so erlebt, wie ich mir alle Kommunalpolitiker wünschen würde: Klar im Kommunizieren, nachdenklich, offen und lernbereit, mit Fingerspitzengefühl und Humor“, schildert er.

FOTO: DIÖZESANRAT

Kirchlich Engagierte tauschen sich mit Lokalpolitikern darüber aus, wie ein lebendiges Miteinander vor Ort möglich werden könnte.

WERTE, ZIELE, WEGE

Eine Lokalpolitikerin, ein Lokalpolitiker sollte keine Luftschlösser bauen. Wunschträume führen im Rathaus nicht weiter. Gleiches gilt für Pfarrgemeinderäte. „Beide Zielgruppen brauchen heutzutage vier Kernkompetenzen“, sagt Erwin Fellner. Nötig sei zum einen das Talent zur Interaktion: „Man muss fähig sein, zu kommunizieren, aufeinander einzugehen und sich gegenseitig ernst zu nehmen.“ Strategieentwicklung sei weiter wichtig: „Denn es braucht Antworten auf die Frage nach Werten, Zielen und Wegen.“ Ziele müssten schließlich möglichst exakt, aber ohne Perfektionismus umgesetzt werden können. Vonnöten sei schlussendlich Innovationskraft, um etwas einfach mal anders zu machen.

Soll man für die Gemeinde ein Elektrofahrzeug anschaffen? Was könnte man tun, um Menschen, die aus anderen Ländern hergezogen sind, besser zu integrieren? „Viele Themen überlappen sich“, konstatiert auch Andrea Holzmann, Gemeinderätin sowie seit zehn Jahren in der Pfarrverwaltung von St. Theresia in Hallbergmoos tätig. Die Studientagungen des Diözesanrats sind für die Versicherungsfachwirtin eine großartige Gelegenheit, in Austausch zu kommen. „Das erweitert den Denkhorizont ungemein,“ hat die CSUlerin erfahren.

Oft ist es bei Tagungen so, dass konkrete Probleme zur Debatte stehen und die eingeladenen Referentinnen und Referenten Vorschläge unterbreiten. Im besten Fall werden diese danach gemeinsam diskutiert. Manchmal aber auch nicht. Bei den kommunalpolitischen Studientagungen ist die Expertise jedes einzelnen Teilnehmers und jeder einzelnen Teilnehmerin gefragt. Der Austausch steht im Mittelpunkt.

„Dieser Austausch zwischen Politik und Kirche ist für beide inspirierend“, hat auch Ingrid Heuer erlebt. Die 65-Jährige nahm als Seniorenvertreterin im Münchner Stadtteil Neuhausen, Mitglied im kommunalen Behindertenbeirat sowie als Pfarrgemeinderätin von St. Benno an der Tagung teil.

EIN GUTER DRAHT

Gerade in den aktuellen Zeiten, in denen wieder so viele Menschen vor Kriegen fliehen oder politisches Asyl suchen müssen, ist ein guter Draht zwischen Pfarrer und Bürgermeister wichtig, betont Martin Pilgram. Der Vorsitzende von „pax christi“ im Erzbistum München und Freising ist Mitglied der Pfarrei St. Sebastian sowie Gemeinderat in Gilching. „Für mich muss Kirchengemeinde immer wieder Position beziehen“, sagt er: „Erst jetzt wieder im Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten.“ An den kommunalpolitischen Tagungen des Diözesanrats nimmt das Parteimitglied der Grünen teil, weil es für ihn sehr wichtig ist, sich mit anderen politisch Interessierten in der Kirche auszutauschen.

Martin Pilgram hat wenig Verständnis für Kirchenmitglieder, die einen großen Bogen um kommunalpolitische Themen machen. „Kirchengemeinden sollten sich als Teil der politischen Gemeinde empfinden“, appelliert er. Mit vielen Themen könne man nur im Austausch vorankommen: „Das betrifft etwa Kindergärten oder Inklusion.“ Verstehen sich Pfarrer und Bürgermeister, sei es leichter möglich, dass zum Beispiel ein Aufzug im Pfarrzentrum, der einen barrierefreien Zugang garantiert, von der Gemeinde mitfinanziert wird.

Oft ist dieser Tage bei Gesprächen zu hören, dass die gesellschaftliche Elite ja doch tut, was sie will. Und einfache Bürger keinen Einfluss haben. Diese Haltung ist für Tanja Schnetzer, Transformationsbegleiterin aus Prien am Chiemsee, falsch. Bei der Studientagung des Diözesanrats im November in Traunstein referierte sie über Chancen der Bürgerbeteiligung, zum Beispiel in Form von Bürgerräten. „In Zeiten wie diesen ist es wichtig, dass sich Menschen miteinander verbinden, Verantwortung übernehmen und die Welt so gestalten, dass eine gesunde Umweltbasis für eine lebendige und zukunftsfähige Gemeinschaft entstehen kann“, betont sie.

FOTO: PAT CHRIST

Politische Kommunen und Pfarrgemeinden verbindet die Sorge um das Wohl von Kindern. Nachdem viele Kindergärten in katholischer Trägerschaft sind, lohnt es sich für Lokalpolitiker, einen guten Kontakt zur Kirche zu haben.

Rechtskatholizismus – Christen mit „Rechtsdrall“

FOTO: FLOCU / ADOBE STOCK

Besonders mit ausgeschlossenen Gruppen sollten sich Christinnen und Christen solidarisch stellen, proaktiv für ihre Rechte engagieren und sich aktiv mit den Themen Diskriminierung und Rassismus befassen.

Auch unter dem Deckmantel der katholischen Kirche versammeln sich Befürworter radikal rechter Positionen. Der Umgang mit ihnen fordert Gläubige und Kirchenstrukturen heraus.

Von Sarah Weiß

Freie Journalistin

Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach sind acht Prozent der kirchennahen und zwölf Prozent der kirchenfernen Katholikinnen und Katholiken in Deutschland als tatsächliche oder potenzielle AfD-Wähler bekannt. Das bedeutet, dass 300.000 der kirchennahen und ungefähr 2,5 Millionen der kirchenfernen Katholikinnen und Katholiken reaktionäre und rechtspopulistische Überzeugungen haben. Das Vorgehen, dass Menschen mit rechter Gesinnung versuchen, christliche Strukturen zu unterwandern und für sich zu nutzen, ist nicht neu, weiß Sonja Strube, die als Theologin an den Universitäten Osnabrück und Landau arbeitet. In diesem Spektrum finden sich überwiegend Menschen, die einer antimodernistischen Strömung angehören, die die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils ablehnen und die das christliche Gebot der Nächstenliebe eng auslegen: „Diese Menschen deuten den christlichen Glauben ethnozentrisch aus. In ihrer Auffassung bezieht sich Nächstenliebe auf die unmittelbar Nächsten, also in erster Linie auf die Familie. Nächste – das sind dieser Auffassung nach dann nicht die Leute auf anderen Kontinenten, das sind nicht die Fremden.“ Auch wenn man diese Auslegung Strubes Meinung nach biblisch sehr gut entkräften kann, funktioniert sie in bestimmten Kreisen. „Es geht ihnen nicht mehr darum, gut zu begründen. Sondern: Wenn man es nur oft genug sagt, immer wieder wiederholt, setzt sich diese Auslegung in vielen Köpfen fest. Und dann braucht es keine Argumente mehr.“

ANDOCKEN AN KIRCHLICHE MILIEUS

Kai Kallbach, Leiter des Standorts Südbayern des Kompetenzzentrums Demokratie und Menschenwürde an der Domberg-Akademie der Erzdiözese München und Freising, beobachtet seit Jahren eine Liberalisierung der Gesamtgesellschaft und gleichzeitig die Formierung eines radikal rechten Projektes am Rande, von wo aus die Akteure gezielt – und oft auch erfolgreich – Anschluss suchen: „Das hängt damit zusammen, dass sie es geschafft haben, sich parlamentarisch sehr gut zu festigen und sich an unterschiedliche Subkulturen und andere Milieus anzuschließen. Und da ist die Kirche natürlich besonders relevant, weil sie einen bestimmten normativen Anspruch vertritt, der für einige Bereiche der Bevölkerung durchaus relevant ist." Neben den Kirchen spielen auch Bereiche wie Ökologie („Umweltschutz ist Heimatschutz"), Esoterik oder „Antigenderismus" eine Rolle ebenso wie die Mobilisierung, die über das Thema Abtreibung stattfindet.

Gleichzeitig diene der katholische Glaube auch der politischen Identitätsstiftung, sagt Michaela Hermes. Sie ist betriebliche Datenschutzbeauftragte und Syndikusrechtsanwältin für die Erzdiözese München und Freising und bezeichnet diese Strategie als „belonging without believing": „Das bedeutet, dass über eine vermeintlich religiöse Argumentation ohne wirkliche Glaubensinhalte eine gemeinsame Identität geschaffen werden soll. Auf diese Weise instrumentalisieren Parteien wie die AfD das Christentum, um sich ein bürgerliches Image zu geben." Darum sei es wichtig zu prüfen, ob, wo „christlich" draufsteht, auch wirklich „christlich" drin ist, sagt Sonja Strube und betont, wie wichtig es ist, aufmerksam zu sein, wo sich rechte Kräfte Themen zu eigen machen. Kai Kallbach würde sich wünschen, dass jeder dazu in der Lage ist, antidemokratische Gedanken oder Konzeptionen zu identifizieren und zu problematisieren. „Ich sehe, dass eine große Gefahr von rechts außen kommt und was dagegen hilft, ist, wenn Menschen das erkennen können und als das identifizieren, was es ist: nämlich wirklich antidemokratische und menschenfeindliche Ideologie." Die Positionierung ist auch Sonja Strube sehr wichtig: „Jede sich eigentlich christlich verstehende Gruppierung, die sich nicht klar abgrenzt, darf man aus meiner Sicht auch rechts nennen. Wer sich nicht abgrenzt und zum Beispiel auf Demonstrationen lieber mitläuft oder das Mobilisierungspotential rechter Gruppen abschöpft, der macht sich mitschuldig."

GLAUBE AN GOTT LÄSST AUCH UNBESTIMMTHEITEN ZU

In das rechte Gedankengut sind laut Kallbach häufig auch Verschwörungstheorien verwoben. Dabei unterscheide sich der Glaube an einen christlichen Gott grundlegend von einem Glauben an eine Verschwörungstheorie: „Die meisten Personen, die an einen christlichen Gott glauben, tun das meines Erachtens in einem bestimmten modernistischen Selbstverständnis, wissen also, dass sie an etwas glauben, dass sich nicht einfach so beweisen lässt, wie wir das im Bereich des objektiven Wissens haben. Es ist ihre bewusste Entscheidung, sich auf diese Erfahrung einzulassen und eine komplexe Beziehung mit Gott einzugehen, die eben auch Unbestimmtheiten zulässt." Verschwörungsglaube stehe dem diametral gegenüber, weil er für sich in Anspruch nimmt, die objektive Wahrheit ganz genau zu kennen, wodurch dann auch die Bereitschaft entstehen kann, gewaltvoll zu handeln.

Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, ab wann diese Handlungen auch juristisch relevant werden. Denn wenn eine rechtskonservative Gruppierung den kirchlichen Gemeindesaal für eine Veranstaltung mieten möchte, mag das für manche irritierend sein – verboten ist eine solche Anfrage nicht. Die Abgrenzung, wann Aussagen von der Meinungsfreiheit gedeckt sind und wann nicht, sei bisweilen schwierig zu ziehen, betont Michaela Hermes. Eine Möglichkeit der juristischen Prävention bestehe darin, dass kirchliche Institutionen Aufklärung in allen Bereichen kirchlichen Lebens fördern. „Wichtig ist dabei auch die Sensibilisierung und Förderung von Selbstkontrollinstanzen, beispielsweise durch eine wachsende digitale Vernetzung im innerkirchlichen Bereich," schlägt Hermes vor.

FÜR DISKRIMINIERTE PERSONEN EIN SAFER SPACE WERDEN

Hoffnungsstiftend ist, findet Sonja Strube, dass Kirche viele gute Präventionsmöglichkeiten gegen rechtes Gedankengut schon immer in sich trägt, vielleicht auch ohne es zu wissen: „Vieles, was Kirche heute zu bieten hat in der Jugendarbeit, in der Erwachsenenbildung, in offenen Treffs, im Religionsunterricht, das ist im Grunde schon primäre Prävention, wo Menschen darin bestärkt werden, sich eine eigene Meinung zu bilden, zu lernen, sich selbst zu orientieren, zu lernen, Unsicherheiten auszuhalten, Empathie zu lernen." Gleichzeitig sieht Kai Kallbach noch Nachholbedarf, was die strukturelle Positionierung der Kirche zu rechtem Gedankengut – auch und besonders in den eigenen Reihen angeht – weil es nur selten Grundsatzpositionen zu dem Thema gibt, wie sie zum Beispiel der KLJB-Landesverband Bayern mit seinem Papier „Gemeinsam gegen ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit'. Für ein vielfältiges und buntes Land" verabschiedet hat. Pfarrgemeinderäte können auch eine Unvereinbarkeitsklausel in ihrer Satzung festhalten, die beispielsweise Menschen, die eine Mitgliedschaft bei der AFD oder nachweislich diskriminierende Haltungen haben, von einem Amt ausschließt. „Und Kirchen müssen ein Safer Space werden für diejenigen Gruppen, die von der radikalen Rechten als Feinde markiert werden. Das wäre für mich das christliche Anliegen, das leider nicht immer stattfindet, denn Persons of Color und andere marginalisierte Gruppen fühlen sich nicht immer wohl in Kirchengemeinden." Besonders mit diesen Gruppen sollten sich Christinnen und Christen solidarisch stellen, proaktiv für ihre Rechte engagieren, sich auch aktiv mit den Themen Diskriminierung und Rassismus befassen, die sich nicht nur auf den radikal rechten Rand begrenzen, sondern gesamtgesellschaftliche Phänomene sind. So könne man positive Visionen leben und eigene Narrative stärken.

✻ Mehr dazu unter www.gemeinde-creativ.de.

Theologie des Streitens

Wir werden uns in Zukunft mehr und konstruktiver auseinandersetzen, um als Kirche zu wirken und uns geistlich weiterzuentwickeln. Dafür brauchen wir eine neue Streitkultur. Sie ist die Antwort auf den Umbau der Gemeinden – und auf den Wandel der Arbeit mit Wissen.

Von Erik Händeler

Publizist

Nie gab es mehr Gründe, sich zu streiten. Nicht, weil wir schlechtere Menschen geworden wären; sondern je komplexer jetzt Organisationen und das Leben werden, umso weniger funktionieren sie nach Befehl und Gehorsam, umso mehr Schnittstellen gibt es, umso mehr berechtigte Interessenskollisionen entstehen, muss mehr ausverhandelt werden, ringen Träger unterschiedlicher Kompetenzen um die bessere Lösung. Je mehr es in der Arbeitswelt darum geht, Wissen anzuwenden, umso mehr müssen verschiedene Spezialisten zusammenarbeiten. Ihre Kultur der Zusammenarbeit, ihre Fähigkeit, sich konstruktiv auseinanderzusetzen, zu streiten – das entscheidet in Zukunft über Wohlstand und politische Stabilität. Nun ist die Kirche eingebettet in ihr Umfeld. Dieselben Menschen, die mit Wissen in wechselnden Teams arbeiten, Verantwortung übernehmen und jeden Tag auf das Neue Konfrontationen mit Chef und Kollegen aushalten müssen – das sind dieselben, die dann im Pfarrgemeinderat oder in den kirchlichen Verbänden engagiert sind.

In der Kirche erleben sie dann eine völlig andere Welt: Meist gilt hier der, der kritische Diskussionen anzettelt, als „böse“; persönliche Beziehung ist oft wichtiger als Inhalt; Macht, Status und Gesichtswahrung spielen eine große Rolle. Die bisherigen Abläufe in der Kirche passen nicht mehr zu den neuen Verhaltensweisen, die sich in der säkularen Berufswelt herausgebildet haben, um produktiv mit Wissen zu arbeiten. Dabei hätten wir auch in Kirchenkreisen mehr Planken und Regeln nötig, um uns konstruktiv auseinanderzusetzen: Vom Streit im Pfarrgemeinderat oder in Verbandsgremien, vom Streit zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in kirchlichen Sozialeinrichtungen oder Problemen mit dem oder der Vorgesetzten, bei Glaubens-Auseinandersetzungen, ja bis in die Deutsche Bischofskonferenz und dem Tauziehen der Kurienkardinäle im Vatikan verhalten sich Menschen in der Kirche oft nicht besser als die in der sie umgebenden Gesellschaft.

Manchmal wird gar nicht erst gestritten, weil viele den Aufwand und die möglichen Verletzungen scheuen oder fürchten, ausgeschlossen zu werden. So bleiben Konflikte unterschwellig weiter bestehen, werden im Partisanenkrieg der alltäglichen Arbeit weiter am Köcheln gehalten und behindern eine gute Zusammenarbeit. Haupt- wie Ehrenamtliche kündigen innerlich, Gläubige ziehen sich zurück. Dabei ist dieses Verhalten weit von den Maßstäben des Evangeliums entfernt, das Christen und ihre Kirche in die Welt tragen wollen. Papst Franziskus hat in seiner Weihnachtsansprache an die Kurie 2014 einige destruktive Verhaltensweisen beim Namen genannt: Schlechte Absprache, Rivalität und Ruhmsucht; Vorgesetzte zu vergöttern, anstatt vom Gesamtwohl und der Aufgabe her zu denken; die Krankheit der geschlossenen Kreise; Statusorientierung, Ausnutzen der eigenen Macht. Und natürlich, so der Papst, betreffe diese Krankheiten „jeden Christen und jede Verwaltung, Gemeinschaft, Orden, Pfarrei und kirchliche Bewegung und können sowohl beim Einzelnen als auch in der Gemeinschaft vorkommen.“

LOB DES STREITENS

Jemanden aber konkret damit zu konfrontieren, dass er hintenherum agiere, statusorientiert sei und sich in seiner Kirchenarbeit um sich selbst drehe, endet in der Regel in einem Fahren gegen die Wand, einem Abstreiten, einem destruktiven Kampf, dem Abbruch von Beziehungen und Grabesstille. Und Kritik am Bischof oder Vorgesetzten, dass sein Verhalten kaum evangeliumsgemäß sei, wird oft von der Macht abgebürstet. Wo auf Kritik mit Gegenangriff, Blockade oder Entzug der Kooperationsbereitschaft reagiert wird, wird sich kaum jemand trauen, Kritisches anzusprechen – das Risiko, selbst ausgegrenzt oder beschädigt zu werden, ist einfach zu groß. Doch ohne Kritik gibt es weder eine realistische Sicht auf die Wirklichkeit noch neue Lösungen für neue Probleme.

Voraussetzung dafür, das Wirken des Heiligen Geistes zu ermöglichen, ist nach den Worten des Papstes daher, Konflikte bewusst zu bejahen. Die Alternative dazu wären Schweigen und verkrustete Strukturen. Wenn wir Gegensätze transparent machen, Motive klären, um Lösungen ringen, Verantwortung und Aufgaben gemeinsam verteilen, inhaltliche und Machtpositionen hinterfragen, tauchen wir in Auseinandersetzungen ein. Sie nicht zu führen, hieße, sich als Kirche nicht weiterzuentwickeln und sich aus der Gesellschaft zurückzuziehen.

KOOPERATIVES STREITEN STABILISIERT KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Anders als in der Kirche kann man im Berufsleben einer Auseinandersetzung nicht aus dem Weg gehen, weil wir dort überindividuelle Probleme lösen müssen: Bauen wir die Maschine oder nicht? Und wer entscheidet das mit welchen Argumenten? Mit Befehlen und Strafen kann man Wissensträgerinnen und Wissensträger einschüchtern, aber sie werden ihr Bestes dann schön für sich behalten – aus diesem Grund sind in der Arbeitswelt Hierarchien aufgebrochen und durchlässiger gemacht worden. Es geht darum, nach welchen Regeln wir das Zusammenwirken organisieren.

FOTO: GIORGIO / ADOBE STOCK

Ein offener Streit kann ein Baustein zum Wohle des Ganzen sein. Als Teil der Gestaltung der Gemeinschaft ist er ein Weg zu Gott und ein Prüfstein für die christliche Botschaft.

Transparenz: Nur wenn alle Informationen für alle sichtbar auf den Tisch liegen und sie sich mit ihrem Wissen beteiligen können, werden die fachlich besseren Entscheidungen getroffen.

Projektorientierung statt Denken in Seilschaften: Wenn bei Konflikten in einem Unternehmen die meisten zu ihren Freunden halten oder zu den Machthabern, und nicht zu denen mit den besseren Argumenten, dann wird die Firma zu teuer produzieren oder die falschen Produkte anbieten und so am Markt nicht überleben.

Kooperationsfähigkeit: Wer sich nicht gegenseitig wertschätzt und motiviert, der arbeitet unproduktiv. Wichtig wird, offen auf andere zuzugehen und möglichst viele Kommunikationswege offen zu halten.

Versöhnungsbereitschaft: Wenn zwei Abteilungsleiter verkracht sind und nicht mehr miteinander reden, dann fehlt die Information, um an den großen Kundenauftrag zu kommen.

Diese Eigenschaften machen den Wettbewerbsunterschied aus. Und das ist konkrete Umsetzung des Evangeliums. Ob die Menschen das im öffentlichen Diskurs mit dem Christlichen in Verbindung bringen können, hängt auch davon ab, wie das in der Kirche umgesetzt wird – im Moment jedenfalls sieht es nicht danach aus. Dabei ist gerade jetzt die Streitkultur der Schlüssel für die meisten innerkirchlichen Probleme: Keiner theologischen oder spirituellen Richtung ist es gelungen, mit ihrer Vision für die ganze Kirche zu stehen. Die individuelle Ausdifferenzierung in der Gesellschaft ist an einem maximalen Punkt angekommen, so dass längst wieder überindividuelle Ziele und kooperative Verhaltensweisen zunehmen werden, um den Alltag besser bewältigen zu können. Die nächste Generation ist unideologisch und pragmatisch. Eine Vision von Kirche über alle Richtungen hinweg zu schaffen, das bekommt eine neue Chance – wenn die Streitkultur auf dem Weg dorthin stimmt. In den künftigen Gemeinden werden Laien ihre unterschiedlichen Begabungen einbringen, bekommt das Zusammenwirken in den größeren Pastoralteams und mit den vielen Ehrenamtlichen eine neue Qualität. Jede Diskussion verändert, lässt uns gegenseitig besser kennenlernen und zusammenwachsen.

STREITEN ALS WEG ZU GOTT?

Während offener Streit in der Kirche als verpönt gilt, sollte er in Zukunft umgedeutet werden: Als Weg zu Gott. Das Himmelreich können auch wir Katholiken uns durch nichts verdienen. Aber die Art, wie wir uns verhalten, wenn unterschiedliche Interessen und Sichtweisen aufeinanderprallen, ob jemand mit Ellenbogen und Eigennutz agiert oder mit offenem Visier und am Wohle des Ganzen orientiert handelt: Erst das Tun zeigt, an welche Werte wir wirklich glauben. Das ist eine Theologie des Streitens: Wenn der Sinn des Lebens ist, Gemeinschaft mit Gott zu finden, und dies in der Gemeinschaft als Kirche und Gemeinde, dann ist die Gestaltung der Gemeinschaft zentrale Aufgabe auf dem Weg zu Gott. Der hat die Menschen vielleicht gerade deshalb unterschiedlich geschaffen, damit sie sich abstimmen und zusammenraufen müssen. Eine neue, intensiv gepflegte Streitkultur wird die Kirche nicht zerstören, sondern sie auf eine neue Ebene höherer Qualität entwickeln; sie wird zum entscheidenden Prüfstein für die christliche Botschaft. Diese kann dann über die Christen ausstrahlen in den Alltag der Firmen und in die Konfliktkultur innerhalb Familien. Kaum sind gerade mal 2000 Jahre Kirchengeschichte vorbei, gerät das, was das Evangelium ausmacht, in das Zentrum der gesellschaftlichen Entwicklung.

„Mut wächst mit dem Beginnen“

Martha Bauer ist seit März 2022 Vorsitzende des Diözesankomitees im Bistum Regensburg. Die 55-Jährige engagiert sich außerdem im Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) und ist Stadträtin in Regensburg.

Gemeinde creativ: Sie sind sowohl in kirchlichen als auch in kommunalen Gremien engagiert. Sehen Sie einen Konflikt zwischen politischem und christlichem Handeln?

Martha Bauer: Für mich ist immer die Frage: Welchen Hut habe ich gerade auf? Das ist manchmal schwer zu differenzieren, vor allen Dingen, wenn man aus einer religiösen oder spirituellen Situation rauskommen und wieder die harten Tagesfakten abstimmen soll. Bei uns in der Stadtratssitzung versucht jeder zum Wohl der Bürger zu agieren und nicht so sehr, sich selbst darzustellen. Aber man hat für verschiedene Beschlüsse nur ein bestimmtes Budget zur Verfügung und denkt sich oft aus einem christlichen Aspekt heraus: Es wäre gut, wenn wir noch mehr machen könnten. Aber es gibt eben eine Budgetierung und die müssen wir akzeptieren und das Beste daraus machen.

„Wer glaubt, ist nie allein“ – mit dieser Aussage haben Sie sich für eine christliche Haltung als Gegengewicht zur leistungs- und konsumorientierten Gesellschaft bereits in „Gemeinde creativ“ positioniert. Hilft Ihnen diese Haltung dabei, Entscheidungen zu treffen?

Ich komme immer wieder in einen Konflikt und muss dann wirklich lange nachdenken, wo ich hinwill. Es gibt immer mehrere Seiten. Ein Beispiel: Auf der einen Seite ist es gut, viel Wohnraum zu schaffen und Anbieter dabei zu unterstützen, das umzusetzen, auf der anderen Seite gibt es die Herausforderung, dass Familien bezahlbaren Wohnraum haben sollen. Und als drittes natürlich das Thema „Flächenverbrauch“, „Bewahrung der Schöpfung“, was auch ein christlicher Ansporn ist. Spitz gesagt: Sollten wir überhaupt noch Bauland ausweisen? Es muss doch eine lebenswerte Welt bleiben. Die Entscheidung ist immer ein Stück weit Abwägungssache und ich hoffe, dass es mir bisher gut gelungen ist, sodass ich sagen kann: Die Kommune kann mit der Entscheidung leben, aber ich selbst auch. Dass man sich verrennt oder verheizen lässt, ist die Gefahr, die ich im Vorfeld gesehen habe.

Wie sieht bei Ihnen die Zusammenarbeit mit anderen Gremien aus?

Wir arbeiten seitens der Stadt, aber auch seitens der Kirchen in Gremien sehr stark zusammen. Ein gutes Beispiel ist der Arbeitskreis „Asyl“. Die Stadt unterstützt diesen Arbeitskreis finanziell und mit Wohnungen und die Kirchengemeinden organisieren Veranstaltungen wie zum Beispiel das Asylcafé, wofür sich Ehrenamtliche finden. Wir haben auch eine Kleiderkammer, wo sich Geflüchtete eindecken können, und bei der Tafel mit Lebensmitteln. Das passiert alles auf ehrenamtlicher Basis. Ich glaube, es kann sehr befruchtend sein, wenn beide Organisationen die Möglichkeiten sehen, wo sie helfen und unterstützen können. Die Stadt hat andere Möglichkeiten als die Kirchengemeinden, weil die oft auch in der Lage ist, leerstehende Gebäude zur Verfügung zu stellen. Die Kirche hat dafür ein großes ehrenamtliches Netzwerk. Das ergänzt sich gut.

Stoßen Sie auch manchmal an Grenzen?

Natürlich. Wir nehmen in letzter Zeit die Bevölkerung im Krisenmodus wahr, angefangen von Corona

FOTO: MOJOLO / ADOBE STOCK

FOTO: FOTOSTUDIO KRAUS

über Klimawandel, Energie, Politik, Inflation, und da habe ich immer wieder das Gefühl, dass da Ängste umgehen, dass Bedürftige alles zugeschoben bekommen, während der Großteil selbst schauen muss, wie er weiterkommt. Diesen Spagat muss ich auch aushalten, wenn ich in Diskussionen sage: Mensch, überlege doch mal, uns geht es immer noch gut und die bringen wir doch auch unter! Da merke ich im Austausch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort, dass es schwierig wird, den Aspekt der christlichen Nächstenliebe noch durchzustellen. Und wenn ich dann gefragt werde, was ich dafür tue, ertappe ich mich auch mit einem schlechten Gewissen auf der anderen Seite. Dennoch sehe ich, dass es oft Jammern auf hohem Niveau ist. Da gibt es Spannungsfelder und es ist manchmal gar nicht leicht, solche Diskussionen auszuhalten. Ich möchte auch nicht behaupten, dass ich immer als Siegerin rausgehe, aber zumindest als Kämpferin. Oft denke ich mir: Wie lang kann ich dieses Kämpfen gut aushalten?

Was hilft Ihnen dabei?

Ich weiß, wo meine Stärken liegen. Ich habe eine Familie und einen Freundeskreis, der hinter mir steht, wo ich ein Ventil habe, wo ich loswerde, was mich beschäftigt. Wo ich dann entweder bestärkt werde – oder eben auch nicht. Das sind Resilienzfaktoren, die einfach gut sind, um den Kopf freizukriegen, um was anderes zu machen, was mir Freude macht, und dann bin ich wieder selbstbewusster und kann in die nächste Diskussion gehen. Da sind Werte, die mich leiten. Und mein Glaube natürlich. Ich sehe Christus als Freund, der immer da ist und mich bestärkt. Ich brauche meine Spiritualität, um im Alltag nicht abzustumpfen.

Welche Werte möchten Sie durch Ihr Engagement hochhalten?

Ich bemerke ein Ende der Selbstverständlichkeit für gesellschaftliches Miteinander. Dass bei vielen der Fokus auf sich selbst und ein paar wenige, die zu ihrem engeren Kreis gehören, gerichtet ist, aber was den Rest der Gesellschaft betrifft: Tja, das wird schon irgendwer irgendwie machen. Deswegen stelle ich mir immer wieder die Frage: Was bedeutet lebendige, lebenswerte Gemeinschaft? Oder wenn Glaube nicht mehr weitergetragen wird; Ich kenne viele Menschen, die sagen, dass sie für ihren Glauben die Institution Kirche nicht brauchen. Das mag durchaus gut sein für diejenige Person, aber wenn Glaube nicht gezeigt und gelebt wird, wird er auch nicht weitergetragen.

Ich finde ganz wichtig, dass Menschen sich begegnen, weil Begegnung so viel gibt. Auch Zufriedenheit und Dankbarkeit! Was will ich mit Geld, wenn ich nichts damit anfangen kann, was mir Freude macht? Genauso wenn man nicht mehr dankbar für das sein kann, was man hat. Mit Menschen, die chronisch unzufrieden sind, kann man auch ganz schlecht zusammenarbeiten, da bringt man nicht wirklich was weiter und das raubt einem jeden Elan und Schwung. Da fehlt was und es geht an die Substanz. Eine Gemeinde oder Kommune kann sich nicht weiterentwickeln, wenn sie viele Bremser hat.

Was fördert das gemeinsame Weiterkommen von kirchlichem und politischem Engagement?

Befruchtend finde ich, wenn Menschen beide Seite sehen. Also sowohl das kirchliche, christliche Engagement als auch das politische, um weltliche Dinge vorwärtszubringen. Wenn ich Spaß habe, etwas zu machen und meine Ideen dann auch verwirklicht sehe, glaube ich, kommen wir gut voran. Wenn jede Seite nur versucht, sich selbst darzustellen, werden viele Menschen nicht mehr mitgenommen. Und wenn Menschen nicht mehr mitgenommen werden, macht das Zusammenleben keinen Spaß. Ich engagiere mich gerne – in unserer Kommune, weil ich hier die Verknüpfung sehe, dass die Zusammenarbeit Gutes bewirken kann, für die Wahrnehmung, dass über uns vielleicht doch noch irgendetwas ist außer Geld und Finanzmitteln. Das ist der Kitt in der Gesellschaft, der uns zusammenhält. Dass wir Segen mit auf unseren Weg nehmen, ist ein emotionaler Wert und ich glaube, dass Emotionen bei vielen Leuten unterschwellig mitspielen, auch wenn sie nach außen hin vielleicht ganz anders auftreten. Wenn wir uns unserer Emotionen berauben lassen, werden wir unterkühlt und handeln nur noch nach Fakten und Zahlen. Ich weiß nicht, ob das einer Gesellschaft guttut. Ich glaube nicht.

Das Interview führte Sarah Weiß.

◀ Altstadt, Dom und Steinerne Brücke von Regensburg an der Donau.

Christlich, politisch und sozial engagiert

Dreh- und Angelpunkt und Motor

Maria Schlögl aus Wernberg-Köblitz ist Zweite Bürgermeisterin der Marktgemeinde und hilft auch in sozialer und politischer Hinsicht sehr viel. Seit zehn Jahren ist sie Mitglied des Pfarrgemeinderats der Pfarrei St. Josef Oberköblitz in Wernberg-Köblitz und seitdem PGR-Sprecherin. Auch wirkte sie bereits als Mitglied des Diözesanpastoralrats.

Von Veit Neumann

Professor für Pastoraltheologie, Pädagoge und Redakteur

Was macht Maria Schlögl eigentlich als Sprecherin des PGR? Die PGR-Sprecherin kommt gleich zur Sache: „In diesem Jahr sind wir alle sehr gefragt, weil wir einen Primizianten haben. Das heißt, als PGR-Sprecherin lade ich zum Beispiel Obst- und Gartenbauvereine und Frauenbünde ein, Vorlagen für die Blumenteppiche auszusuchen. Die Frauenbünde, Kirchenverwaltung und verschiedene Vereine sind einzubinden, um die Bewirtung zu organisieren und so weiter". Deshalb und ganz in diesem Sinne bezeichnet sich Maria Schlögl als „Dreh- und Angelpunkt und Motor" und sagt dann auch gleich noch, wie sie dies dann sonst praktisch tut: „Kommts Leut, des mach mer."

SCHLICHT MEHR OFFENHEIT IM PFARRGEMEINDERAT

Maria Schlögl ist Mitglied im Marktrat der Marktgemeinde Wernberg-Köblitz, wie deren politisches Gremium heißt; übrigens ist sie seit 2002 auch Zweite Bürgermeisterin. In den Reformen von 1972 waren die Gemeinden Wernberg und Unter- sowie Oberköblitz zu der „Marktgemeinde Wernberg-Köblitz" zusammengelegt worden. Weiters ist sie Vorsitzende des Ortsverbandes der Freien Wähler. Im Marktrat, berichtet die Politikerin der Freien Wähler, „muss über jedes Thema abgestimmt werden, hier gilt der Mehrheitsentscheid"; während im Pfarrgemeinderat schlicht mehr Offenheit herrscht: „Da ist nicht so viel Politik drin."

SCHWIERIGKEITEN MIT AUSFÜLLEN VON ANTRÄGEN?

Womöglich ließen sich die drei Bereiche, in denen sie vielfältig wirkt, mit den Adjektiven *christlich*, *politisch* und *sozial* beschreiben – sozial insofern, als sie schließlich im sozialen Bereich auch buchstäblich „unterwegs" ist, wenn sie alle fünf Wochen jeweils eine Woche lang Essen zu Bedürftigen ausfährt. „Das sind zwischen 20 bis 30 Essen täglich." Überhaupt betreue sie gerne ältere Personen, wenn solche Menschen zum Beispiel Schwierigkeiten mit dem Ausfüllen von Anträgen haben oder wenn Familien Unterstützung im Rahmen der Pflege benötigen. Und da bringt sie so etwas wie eine „Behördenkompetenz" in „Behördenkorrespondenz" mit, während viele Angehörige schlicht Angst davor haben, eine höhere Pflegestufe zu beantragen, wofür ja eine Menge Kontakte mit der jeweiligen Krankenkasse nötig sind.

POLITISCHE DURCHSETZUNG UND SOZIALE UMSETZUNG

Wie jenseits eher abstrakter und jedenfalls würdigender Überlegungen ein solches Panorama gesellschaftlichen und glaubensmäßigen Engagements an dieser Stelle abschließen? Es bleibt das Gefühl, längst noch nicht alles erfasst oder wenigstens angetippt zu haben. Ist aber auch nicht nötig, so erscheint es bei diesen Zeilen, denn die Trias christlich-religiöser Gebundenheit bei politischer Durchsetzung und sozialer Umsetzung zeigt sich deutlich. Alle drei Gegebenheiten, womöglich hin und wieder in Spannung, aber doch sich ergänzend, fließen in die Tatsache weltchristlichen Tuns mit ein: in die Gestaltung von Kirche und Welt, und das dann sehr, ja außerordentlich konkret. *(red. bearb.)*

FOTO: MARIA SCHLÖGL

Christlich-religiöse Gebundenheit bei politischer Durchsetzung und sozialer Umsetzung in einer Person.

Kindertagesbetreuung – Spannungsfeld zwischen Kirche und Staat?

Immer wieder hört man die Forderung, dass sich die Kirche vor dem Hintergrund einer rückläufigen kirchlichen Bindung und knapper werdender Finanzmittel auf ihre „Kernaufgaben“ konzentrieren und die Zusammenarbeit mit dem Staat beziehungsweise auf dem Gebiet von staatlichen Aufgaben reduziert werden sollte. Dabei stellt die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Politik in Bezug auf die Kindertagesbetreuung ein wichtiges Thema dar, das vor Ort eine große Rolle spielt.

Von Christian Huber

Einrichtungsleitung und Mitglied im Fachverband Kitafachkräfte Bayern e. V., Bezirkstagskandidat

Kitas sind oft eng mit der Kirche verbunden und bieten neben der pädagogischen Betreuung auch Bildung und Orientierung. Gleichzeitig ist die Kommunalpolitik dafür verantwortlich, dass eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zur Verfügung steht.
In vielen Fällen arbeiten Kirche und Kommunalpolitik eng zusammen, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Die Kirche stellt dabei ihre Erfahrung und ihr Know-How in der pädagogischen Arbeit zur Verfügung und beteiligt sich aktiv an der Entwicklung von Konzepten und der Umsetzung von Projekten. Die Politik hingegen trägt Sorge dafür, dass die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen stimmen und die Bedarfe der Eltern und Kinder berücksichtigt werden.

RESPEKT GEGENÜBER RELIGIÖSEN ANGEBOTEN

Passt das heutzutage noch zusammen? Kirche und Staat in einer Kooperation im Hinblick auf die frühkindliche Bildung? Sowohl als Leiter des Kindergartens St. Bernhard in Fürstenfeldbruck als auch als Kommunalpolitiker und Kandidat für die anstehende Bezirkstagswahl kann ich sagen: in meinen Augen absolut.

Für uns als katholische Einrichtung ist es selbstverständlich, dass unser Arbeiten und mehr noch unser Leben mit den Kindern vom christlichen Miteinander geprägt ist. Dies beinhaltet ein rücksichtsvolles und respektvolles Verhalten gegenüber den Mitmenschen, anderen Lebewesen und der Natur. Durch religionspädagogische Einheiten ermöglichen wir den Kindern Begegnungen mit dem christlichen Glauben. Dies bedeutet nicht, dass den Kindern etwas „übergestülpt“ wird, vielmehr regt dies die Kinder an, über ein eigenes Gottesbild und ihren eigenen Gottesbegriff nachzudenken, wie es auch der Bayrische Bildungs- und Erziehungsplan als Ziel formuliert. Dabei begegnen wir andersdenkenden und andersgläubigen Menschen offen, erwarten aber von diesen ebenso, dass sie das religiöse Angebot unserer Einrichtung respektieren.

ANGEBOTE FÜR FAMILIEN GEMEINSAM FÖRDERN

Ein weiteres Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kirche und Politik im Bereich der Kindertagesbetreuung ist das Modell der „Familienzentren“. Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, die verschiedene Angebote zur Unterstützung von Familien bündeln und an einem Ort zugänglich machen. Die Familienzentren werden oft von Kirchen betrieben und von der Kommunalpolitik gefördert und unterstützt. Dadurch entstehen Synergien und die Angebote können bedarfsgerecht und effizient gestaltet werden.

Durch die Kombination von pädagogischer Kompetenz und politischer Verantwortung können innovative und bedarfsgerechte Lösungen entstehen, die den Bedürfnissen von Eltern und Kindern in der Praxis gerecht werden. Letztendlich erfüllt eine Kirche damit auch ihren Sendungsauftrag vor Ort.

✻ **Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

Christian Huber

Fledermausschutz in Kirchen im Landkreis Ebersberg

Abseits der beherrschenden Themen wie dem Krieg in der Ukraine mit allen seinen Folgen, dem Coronavirus oder der Klimaerwärmung findet nach wie vor ein stilleres Drama vor unser aller Augen statt: das globale Artensterben. Dieses betrifft auch die Fledermäuse, von denen in Bayern 23 Arten als heimisch gelten.

FOTO: HILDENBRAND

Das Große Mausohr aus der größten Mausohrkolonie im Landkreis Ebersberg in der Pfarrkirche Steinhöring.

Von Roswitha Holzmann

Stellvertretende Leiterin der unteren Naturschutzbehörde, Landratsamt Ebersberg bei München

Da die Fledermäuse eine zentrale Rolle in unserem Ökosystem als Jäger von nachtaktiven Insekten einnehmen, wird der Rückgang der Artenvielfalt auch für uns Menschen spürbare Folgen mit sich bringen, wenn zum Beispiel Schädlinge in der Forst- und Landwirtschaft häufiger massenweise auftreten. Im Landkreis Ebersberg wurden zum Beispiel im Zuge eines Artenhilfsprojektes unter anderem alle Kirchen überprüft, an denen früher Fledermausquartiere gemeldet worden waren. Durch das Hilfsprojekt konnte gezeigt werden, wie wichtig es für den Fledermausschutz ist, möglichst viele Quartiere zu kennen. Denn die meisten Fledermausarten sind überaus quartiertreu und können über viele Jahrzehnte hinweg die gleichen Quartiere nutzen. Allerdings werden im Lauf der Zeit oft unwissentlich viele Fledermausquartiere verschlossen – zum Beispiel durch Maßnahmen wie die Vergitterung der Turmfenster zum Zweck der Taubenabwehr. Sind alte Fledermausvorkommen bekannt, können in aller Regel durch meist sehr einfache und kostengünstige Maßnahmen die Quartierbereiche erhalten werden. So kann schon ein Schlitz von drei Zentimetern an der richtigen Stelle angebracht den Fledermäusen ein neues Zuhause ermöglichen.

Im Zuge des Artenhilfsprojekts wurden für zahlreiche der kontrollierten Kirchen Maßnahmen wie die Entfernung von Verschlussgittern an Fenstern oder ein Einbau von Hangplatzmöglichkeiten entwickelt. Leider haben sich bisher nur drei Pfarrgemeinden bereit erklärt, zu handeln. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kirche in Parsdorf bei München. Dort wurde ohne Kostenaufkommen an einem Fenster ein zehn bis dreizehn Zentimeter breiter Spalt an der Oberkante der Fensteröffnung geschaffen. Schon im nächsten Jahr konnten im Dachboden der Kirche zwei neue Fledermausarten nachgewiesen werden. Auch das Beispiel der Pfarrkirche Steinhöring mit der größten Mausohrkolonie des Landkreises im Dachboden des Kirchenschiffes zeigt, dass mit einfachen oder gut geplanten Beiträgen viel für die Fledermausfauna bewirkt und damit die Schöpfungsverantwortung in einem Pfarrverband aktiv gelebt werden kann.

Die Naturschutzbehörde Ebersberg plant die Auslobung eines Wettbewerbs, um die fledermausfreundlichste Kirche im Landkreis zu finden und zu ehren mit der Bitte um rege Teilnahme. Das Erzbischöfliche Ordinariat München hat zugesagt, dass alle im Rahmen der Umsetzungsmaßnahmen des Projekts anfallenden Kosten bis maximal 2.000 Euro brutto je Kirchenstiftung von der Abteilung Umwelt übernommen werden.

✻ **Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

Eine starke Partnerschaft

FOTO: DIANA STACHOWITZ, MDL

Diana Stachowitz, MdL

Von Diana Stachowitz, MdL

Kirchenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Im christlichen Glauben wurzeln die Werte, mit denen wir auch heute noch unsere Gesellschaft in Europa formen. Über Jahrhunderte bildete sich eine Kultur des Miteinanders – wie begegnen wir einander? Sorgen wir füreinander? Suchen wir einen Konsens? Die christlichen Gebote der Nächstenliebe, der Hoffnung und des Friedens bestimmen auch außerhalb des kirchlichen Kontextes unsere Gesellschaft und mit ihr die Politik für die Bürgerinnen und Bürger.

Für mich persönlich ist die christliche Soziallehre der Wegweiser in meinem politischen Handeln. Sowohl im Christentum als auch in der Sozialdemokratie steht die Gleichheit aller Menschen und eine gleichberechtigte Fürsorge im Zentrum. Die Feste um Weihnachten und Ostern bestimmen bis heute unseren Jahresrhythmus und bringen uns als Gesellschaft zusammen. Jedes Kind in Deutschland wächst mit den Geschichten vom Heiligen Martin und Heiligen Nikolaus auf – Teilen und den Schwächsten helfen. Auf diesen Prinzipien baut unser Sozialstaat auf. Damit das in Zukunft in unserem Land so bleibt, brauchen wir den kulturellen Kompass des christlichen Glaubens. Und wir brauchen Menschen, die dies kommunizieren und danach handeln – für die Vision einer gerechten Welt, die auf die Schwächsten schaut.

Insbesondere in ethischen Fragen wie aktuell der Gesetzesfindung zum Assistierten Suizid können die Stellungnahmen der Kirchen neben denen des Ethikrates die Politikerinnen und Politiker bei ihrer Meinungsfindung leiten. Diese Stellungnahmen sind nicht nur aufgrund der ethischen Fragestellungen aus Sicht des Glaubens wichtig, darüber hinaus bringen die Kirchen durch ihre vielfältige Tätigkeit im sozialen Bereich, der Wohlfahrt und der Entwicklungszusammenarbeit eine breitgefächerte Expertise ein.

Gerade in der sozialen Versorgung liegt ein Großteil der Einrichtungen in kirchlicher, karitativer oder diakonischer Trägerschaft. Sie sind daher ein starker zivilgesellschaftlicher Partner, der das Wohl der Menschen in den Kommunen sichert – ob in Pflegediensten und Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendhilfe und Flüchtlingsheimen. Dabei sind die Kirchen nicht nur Arbeitgeber. In den Einrichtungen engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich und widmen ihre Zeit anderen Menschen, die ihre Unterstützung und Zuwendung brauchen.

Auch die Seelsorge der Kirchen strahlt über die einzelnen Gemeinden hinaus: Seelsorgerinnen und Seelsorger bieten Menschen unter anderem in Krankenhäusern, Betrieben oder dem Militär ein Gehör unabhängig von der Konfession. Als Politikerin suche ich daher immer gerne das Gespräch mit ihnen, denn sie bieten mir eine einzigartige Perspektive auf die Bedürfnisse und Anliegen der verschiedenen Personengruppen in unserem Land.

Unsere Gesellschaft verändert sich und mit ihr auch die Kirchen und die Beziehung zwischen den Kirchen und der Politik. Daher sind die innerkirchlichen Bewegungen wie der Synodale Weg wichtig und richtig. Und es ist auch richtig, dass viele kirchenpolitische Bereiche nun auf Bundesebene, aber auch in einigen Bundesländern angegangen werden – die Ablösung der Staatsleistungen, das kirchliche Arbeitsrecht oder der Religionsunterricht. All dies muss Seite an Seite partnerschaftlich angegangen werden. Damit wir gemeinsam mit den Kirchen die Aufgaben der Zukunft für unsere Gesellschaft erfüllen können.

Regenbogenpastoral – Weil Kirche LSBTI-Personen akzeptiert

Allzu lange wurden Leidensgeschichten verdrängt und nicht wahrgenommen. Doch in den vergangenen Jahren haben immer mehr Menschen, die „katholisch und queer" sind, ihre Geschichten erzählt. Vor allem der Dokumentarfilm „Wie Gott uns schuf" hat dafür gesorgt, dass ihre Stimmen nicht mehr überhört werden konnten. Es liegt nun an den Pfarrgemeinden.

REGENBOGEN PASTORAL

Das Projekt „Regenbogenpastoral" unterstützt Gemeinden, die für LSBTI-Personen offener werden wollen.

Von Michael Brinkschröder

Promovierter katholischer Theologe und Soziologe, Religionslehrer an einer Berufsschule in München, Projektleiter „Regenbogenpastoral" im Erzbistum München und Freising

1. Sehen: Die katholische Lehre verursacht Leiden. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI) Menschen leiden unter der katholischen Kirche. Manuela Sabozin-Oberem, eine lesbische Frau, die früher als Gemeindereferentin gearbeitet hat, schildert zum Beispiel in dem Buch „Katholisch und Queer", wie schmerzhaft es für sie war, dass ihre Frau und deren Tochter bei einem Gottesdienst anlässlich der Verabschiedung aus einer Gemeinde nicht neben ihr sitzen durften, weil niemand wissen durfte, dass sie eine Familie sind. Mit diesem Moment begann eine Phase, in der ihre Zweifel an der Kirche immer größer wurden. Nur um den Preis eines Doppellebens ließen sich ihre lesbische Identität und die Erwartungen der Kirche zusammenbringen. „Es war ein langer Prozess. Über 20 Jahre hat er gedauert. Dann hat meine Seele gestreikt: Ich wurde krank." Sie kann nicht weiterarbeiten. In der Aufarbeitung ist es ihr wichtig, ihre Beziehung zu Gott und zu den Menschen von der Kirche zu trennen, deren Lehre ihr vorschreiben will, wie sie zu leben hat. Sie konvertiert zur evangelischen Kirche und heiratet dort ihre Frau. Doch „eine katholische Kirche, die authentisch ist", vermisst sie bis heute.

Ein zweites Beispiel: Markus, Jahrgang 1980, ist in einem traditionellen katholischen Milieu aufgewachsen. Sichtbare Homosexuelle gibt es dort nicht und „schwul" ist nur ein Schimpfwort. Das Fehlen einer positiven Sicht auf das Schwulsein wirkt sich so auf ihn aus, dass er meint, seine homosexuelle Orientierung nicht ausleben zu dürfen. Dadurch verpasst er seine Jugend. Er schreibt: „Man gewöhnt sich an das Gefühl der Scham und an Selbstabwertung. Irgendwann fühlt man sich zwar nicht mehr sündig oder krank, aber zumindest auf eine Art beschränkt und nicht in aller Selbstverständlichkeit gleichwertig." Der Weg in ein zölibatäres Leben scheint ihm ein sinnvoller Ausweg. Erst kurz vor der Weihe erkennt er, dass er damit seine Lebendigkeit riskiert, weil er sich nicht entfalten kann. Er arbeitet jetzt als Seelsorger.

SUCHE NACH SPIRITUALITÄT UND IDENTITÄT

Dies zeigt exemplarisch, wie die Lehre der römisch-katholischen Kirche mit ihrer Kombination aus moralischer Verurteilung und Tabuisierung lesbischen Frauen und schwulen Männern Schaden zugefügt hat. Allzu lange wurden diese Leidensgeschichten verdrängt und nicht wahrgenommen. Doch in den letzten Jahren haben immer mehr Menschen, die „katholisch und queer" sind, ihre Geschichten erzählt. Vor allem der Dokumentarfilm „Wie Gott uns schuf" hat dafür gesorgt, dass ihre Stimmen nicht mehr überhört werden konnten. Dieser Film, der im Zusammenhang mit dem kollektiven Comingout des Netzwerks „#OutInChurch" entstand, erzählt vor allem die Geschichten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kirche, die LSBTIQ sind. Dabei sollte aber nicht aus dem Blick geraten, dass die meisten queeren Menschen in der Kirche „einfache" Gläubige sind, die nach ihrer Identität suchen, auf der spirituellen Suche sind oder sich in Verbänden und Gemeinden engagieren. Hat die Kirche ihnen tatsächlich nur Steine anzubieten?

DIE NEUE LEHRE IST UMKÄMPFT, ABER NOTWENDIG

2. Urteilen: Die traditionelle Haltung der kirchlichen Sexualmoral zur Homosexualität wurde geprägt von der katholischen Naturrechtslehre, die auf die stoische Philosophie der Antike zurückgeht. Sexualität musste demnach der Fortpflanzung dienen und durfte nur innerhalb der (heterosexuellen) Ehe praktiziert werden. Theologisch wurde dies mit der Schöpfungsordnung von Gen 1–3 begründet: Gott habe den Menschen als Mann und Frau geschaffen, die einander heiraten und fruchtbar sein sollen. Gleichgeschlechtliche Formen der Sexualität fielen aus diesem Rahmen heraus und wurden daher als „in sich ungeordnet" ab-

gelehnt. Unterfüttert wurde dieses Normengebäude durch einige antihomosexuell ausgelegte Bibelstellen (Gen 19, Lev 18,22; 20,13; Röm 1,26f., 1 Kor 6,9f., 1 Tim 1,10).

Inzwischen hat diese antihomosexuelle Lehre jedoch ihre Plausibilität verloren. Die Auslegung der genannten Bibelstellen ist einer gründlichen Revision unterzogen worden, deren Argumente zum Teil sogar in der päpstlichen Bibelkommission aufgegriffen worden sind. Vor allem aber hat sich das christliche Menschenbild verändert, denn heute betrachten wir den Menschen nicht mehr vorrangig als Teil der menschlichen Gattung, sondern als individuelle Person. LSBTI-Personen sind ebenso wie alle anderen Menschen Ebenbilder Gottes, deren Würde – nicht zuletzt durch die Institution Kirche selbst – nicht systematisch angegriffen werden darf. Auf der Grundlage dieses Menschenbilds und dieser Beziehungsethik hat der Synodale Weg, der Reformprozess der katholischen Kirche in Deutschland, mit großer Mehrheit den Papst dazu aufgefordert, die bisherige Lehre zu homosexuellen Handlungen zu revidieren, und beschlossen, gleichgeschlechtliche Beziehungen zu segnen. Überdies wurde das kirchliche Arbeitsrecht so geändert, dass eine gleichgeschlechtliche Eheschließung kein Kündigungsgrund oder Einstellungshindernis mehr ist. Die Kirche in Deutschland hat damit die Konsequenzen aus einer unhaltbaren Situation gezogen, in der die Kirche ihrer Bestimmung als Sakrament des Heils für queere Menschen nicht gerecht geworden ist. Doch damit befinden wir uns nun weltkirchlich gesehen in einer widersprüchlichen und umkämpften Phase des Übergangs, in der beide Botschaften gleichzeitig im Raum stehen: Die Beschlüsse des Synodalen Wegs prallen auf den Katechismus. Ergebnis offen.

FOTO: MICHAEL BRINKSCHRÖDER

Die Regenbogenfahne ist ein Zeichen der Solidarität und ein Anlass für Protest- und Störaktionen. Trotz starker Affekte ist der Austausch eine pastorale Aufgabe und eine Chance, daran zu wachsen.

Papst Franziskus hat sich immer wieder mit Schwulen und trans Personen getroffen, ihnen zugehört und seelsorglichen Beistand gegeben. Durch sein gezielt gegebenes Beispiel für einen respektvollen pastoralen Umgang mit LSBTI-Personen hat er deutlich gemacht, dass es darauf ankommt, sich in die Nachfolge der Praxis Jesu zu stellen und die Frage der Lehre von diesem Standpunkt aus zu entscheiden.

EIN GUTER ZEITPUNKT FÜR EINE LSBTI-INKLUSIVE GEMEINDE

3. Handeln: Für Gemeinden und Seelsorgerinnen und Seelsorger bedeutet diese komplexe Widersprüchlichkeit, dass sie sich nicht mehr einfach an Vorgaben „von oben" orientieren können, sondern sich ein eigenes Urteil bilden müssen. Gerade wegen dieser offenen Situation ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um als Gemeinde in die Auseinandersetzung einzusteigen. Manche Gemeinden haben dies schon 2021 im Rahmen der Aktion „#Liebegewinnt" getan, indem sie gleichgeschlechtliche Paare gesegnet oder als öffentlich sichtbares Zeichen der Solidarität an ihrem Kirchturm Regenbogenfahnen wehen ließen. Oft waren es Messdiener- oder Jugendgruppen, die dafür den entscheidenden Anstoß gaben. Selbst dort, wo es in gemeindlichen Gremien dafür einhellige Unterstützung gab, konnte dies nicht verhindern, dass es hier und da zu Protest- oder Störaktionen kam – bis dahin, dass die Regenbogenfahnen verbrannt worden sind. Wenn die tief verinnerlichten Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität berührt werden, sind fast immer starke Affekte im Spiel und nicht selten prallen dabei zusätzlich kulturelle Unterschiede aufeinander. Einen Raum zu schaffen, in dem es mit und trotz dieser Emotionen zu einem konstruktiven Austausch kommen kann, der den Beteiligten die Chance bietet, sich weiterzuentwickeln, ist eine wichtige pastorale Aufgabe.

Ausgangspunkt ist dabei die Frage, wie eine Gemeinde oder eine kirchliche Einrichtung LSBTI-Personen willkommen heißen kann. Damit dies glaubwürdig gelingen kann, müssen im Seelsorge-Team und im Pfarrgemeinde-/Pfarrverbandsrat eine Reihe von Fragen beantwortet werden: Sind alle damit einverstanden, dass LSBTI-Personen als Lektorinnen und Lektoren oder Kommunionausteilerinnen und Kommunionausteiler gleichberechtigt liturgische Dienste übernehmen dürfen? Wie kann etwa eine vielleicht unterschwellig noch vorhandene Erwartung überwunden werden, dass die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität von LSBTI-Personen unsichtbar bleiben sollte, damit sich niemand gestört fühlt? Werden queere Paare etwa beim Valentinssegen nur mitgemeint oder sollen sie ausdrücklich eingeladen werden? Wie reagieren die Seelsorgerinnen und Seelsorger, wenn ein gleichgeschlechtliches Paar aus ihrer Gemeinde um einen kirchlichen Segen für sich bittet? Welche Begriffe und welche Sprache verwenden sie, wenn sie über und mit queeren Menschen sprechen? An Fragen dieser Art entscheidet sich, ob eine Gemeinde LSBTI-inklusiv ist oder nicht. Und davon hängt nicht mehr und nicht weniger ab als die Frage, ob sich die Kirche auf die radikal inklusive Reich-Gottes-Botschaft Jesu ausrichtet oder nicht.

Seit dem 1.9.2022 gibt es im Erzbistum München und Freising das Projekt „Regenbogenpastoral". Wenn Engagierte in der Gemeinde für LSBTI-Personen offener werden wollen und sich damit auseinandersetzen wollen, bietet Dr. Michael Brinkschröder Unterstützung an: regenbogenpastoral@eomuc.de.

*** Dies ist eine Kurzfassung. Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

Gerechte Wohnraumversorgung aus gesellschafts- und kirchenpolitischer Sicht

Wohnraum als Voraussetzung für sozialen Frieden

FOTO: SHISU_KA / ADOBE STOCK

Die Versorgung mit geeignetem und vor allem bezahlbaren Wohnraum ist die soziale Frage der Gegenwart, an der sich auch die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie mitentscheidet.

Gute Wohnungs(bau)politik ist eine der zentralen gesellschaftlichen und sozialen Fragen unseres Landes. Sie erfordert wesentliche Anstrengungen in Bund und Ländern sowie in den Kommunen – und nicht zuletzt auch von den Kirchen. Aufgrund dessen hat das Landeskomitee der Katholiken in Bayern dieses Positionspapier verabschiedet (hier in Auszügen):

Laut dem aktuellen Wohnungslosenbericht der Bundesregierung sind derzeit etwa 263.000 Menschen in Deutschland wohnungslos, 14 Prozent der Wohnbevölkerung sind laut Studie zum Mikrozensus finanziell überfordert. Dies gilt mit zunehmender Tendenz, gerade auch aufgrund gestiegener Energie- und Lebenshaltungskosten. Das Preisniveau der Mieten vor allem in Ballungsräumen ist sehr hoch – und hohe Mieten tragen wesentlich zur Armut vieler Menschen bei.

Durch die seit Jahren vorbildlichen bayerischen Stichtagserhebungen können wir für unser Bundesland konkret ablesen, dass sich die Zahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen seit 2014 auf mittlerweile mehr als 20.000 Menschen annähernd verdoppelt hat – allein in Schwaben, Oberbayern und Niederbayern betrifft dies mindestens 3.510 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Die Versorgung mit geeignetem und vor allem bezahlbaren Wohnraum ist die soziale Frage der Gegenwart, an der sich auch die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie mitentscheidet. Der bekannte Ausspruch des damaligen Kölner Kardinals Josef Frings, wonach Wohnungsbau „Dombau“ sei, ist nach wie vor aktuell und richtig. Dies gilt heute ganz genauso wie in der Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wegen der zentralen Bedeutung des Themas „Wohnen“ ergeben sich aus Sicht des Landeskomitees Thesen und Leitsätze für das politische und kirchliche Handeln:

1. Wohnraumversorgung muss auf allen politischen Ebenen Priorität erhalten. Generell muss das Engagement in diesem Bereich auf Bundes- und Landesebene wie in den Kommunen deutlich verstärkt werden und eine höhere Dynamik bekommen.

2. Eines der obersten Ziele ist die Vermeidung von Obdachlosigkeit. Die Schaffung eines nationalen Aktionsplanes, wie er im ersten Bericht zur Wohnungslosigkeit vorgeschlagen wird, muss auch die Möglichkeiten der Kirchen umfassen. Hierzu gehört auch eine verstärkte Unterstützung von Konzepten und Projekten zur Prävention und Vermeidung von Obdachlosigkeit auf Landesebene und in den Kommunen angesichts der Zwangsräumung von etwa 30.000 Wohnungen jährlich in Bayern.

3. Projekte zum sozialen Wohnen müssen in den kirchlichen Verbänden, Wohnungsbaugesellschaften, (Erz-)Diözesen und vor allen Dingen auch in den Pfarreien mit ihren Kirchenstiftungen trotz prognostizierter zurückgehender Kirchensteuereinnahmen Priorität haben.

4. Da der Bedarf (mehr Wohnungsbau) und steigende Baukosten dies erfordern, müssen die öffentlichen Mittel auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene von jeweils drei Milliarden Euro jährlich weiter erhöht werden.

5. Die Wohngemeinnützigkeit als steuerrechtliches Prinzip muss endlich wieder hergestellt werden, da sich dieser Weg im Hinblick auf einen preisgünstigen Wohnungsbau mehr als bewährt hat. Sobald die im Bund bereits beschlossene (Wieder-)Einführung der Wohngemeinnützigkeit in einem Gesetzestext operationalisiert worden ist, muss dieses Instrument zur Herstellung von preisgünstigem Wohnraum gerade für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten konsequent von Bund, Land, Kommunen sowie Bauträgern und Bauträgerinnen Anwendung finden. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind gefordert zu prüfen, ob sie entsprechende Organisationsformen gestalten und damit selbst sinnvoll als Bauträger beziehungsweise Bauträgerinnen auftreten können.

6. Wie vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in einem Beschluss seines Hauptausschusses am 27. Januar 2023 gefordert, müssen Wohnraumakquise und Vermittlung von Wohnraum sowie die Vermietung von Wohnungen in eigenen Immobilien zu einer festgelegten Quote an von Armut Betroffene gesteigert werden. Zudem müssen eigene bebaubare Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Gebäude und Grundstücke sollen außerdem der Caritas und deren Fachverbänden günstig für auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Personen überlassen werden.

7. Der Ausbau von Wohnungsbaugenossenschaften und deren Neugründung sowie Stabilisierung fördert gutes Wohnen. Genossenschaften haben sowohl in der bayerischen wie der deutschen Geschichte wesentlich zum verlässlichen Aufbau und Ausbau von Wohnraum beigetragen. Sie sind ein tragendes Element der Katholischen Soziallehre. Diesen Gedanken gilt es wieder vermehrt aufzugreifen.

8. Die Beibehaltung der Mieterschutzbestimmungen trägt in Städten wie auch in ländlichen Regionen ganz wesentlich zum sozialen Frieden bei.

9. Niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen, die von der Caritas und ihren Fachverbänden, wie etwa dem Sozialdienst katholischer Frauen (SkF), dem Sozialdienst katholischer Männer (SKM) oder dem Katholischen Männerfürsorgeverein (KMFV), angeboten werden, sind zu unterstützen; kommunale Kooperationen sind zu fördern.

10. Nachhaltiges Bauen und Sanieren, Energieeinsparungen und Energieeffizienz sind in Zukunft aus Gründen des Klimaschutzes wie auch zur Kosteneinsparung von noch größerer Bedeutung. Hierfür müssen geeignete und verlässliche Förderprogramme geschaffen werden.

11. Beschleunigung und Entbürokratisierung im Wohnungsbau haben hohe Dringlichkeit und helfen allen.

12. Der Anstieg der Bodenpreise ist die Haupttriebfeder für die steigenden Wohnkosten in Ballungsräumen. Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar. Daher fordert die Bayerische Verfassung zur Herstellung der für unsere Demokratie so existenziell notwendigen sozialen Gerechtigkeit in Artikel 161 dazu auf, dass Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind. Eine Reform der Bodenbesteuerung, die eine gemeinwohlorientierte Wohnraumpolitik im Blick hat und zwischen unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten differenziert, würde bewirken, dass leistungslose Steigerungen des Bodenwertes abgeschöpft und für Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge genutzt werden können. Es geht hier nicht um das zum Wohnen oder Erwerb dienende Boden- und Immobilieneigentum breiter Schichten der Bevölkerung, sondern ausschließlich und gezielt um jene Immobilienvermögen, die gewerbsmäßig betrieben und gehandelt werden und vor allem auf Maximalrenditen aus Bodenwertsteigerungen angelegt sind. Unser Finanzsystem baut wesentlich auf Boden und Immobilien auf; mehr als 50 Prozent der Kredite an Unternehmen und Haushalte sind durch Boden besichert, 80 Prozent des Vermögens von Haushalten ist Immobilienbesitz. Als Gesellschaft stehen wir vor nichts weniger als der Herausforderung, Gemeinwohl und Eigentum so auszutarieren, dass existenzielle Gefährdungslagen wie Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit nicht verfestigt werden und mit Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen der letzten Jahre vermehrt auftreten. Hierzu braucht es eine Wende am Wohnungsmarkt um 180 Grad.

Mit diesen Thesen und Leitsätzen möchte das Landeskomitee der Katholiken in Bayern einen Impuls für den weiteren notwendigen Dialogprozess zu diesem zentralen Thema zwischen allen beteiligten Akteuren in Kirche, Politik und Gesellschaft geben. (bra)

Vom Geschäftsführenden Ausschuss des Landeskomitees einstimmig beschlossen.

*** Dies ist eine Kurzfassung. Mehr unter www.gemeinde-creativ.de.**

Christliche Bildungshäuser bemühen sich um breiten Diskurs zu politischen Themen

Warum die Welt so kompliziert ist

In jeder Diözese Bayerns gibt es sie: Katholische Häuser, in denen Menschen zusammenkommen, um über aktuelle Fragestellungen zu diskutieren und sich politisch zu bilden. In Würzburg erfüllt die Domschule diese Aufgabe. Im Juli 2023 gab es hier zum Beispiel eine Veranstaltung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die heuer 75 Jahre alt wird. Während der Corona-Zeit wurde kontrovers zum Thema „Impfpflicht" diskutiert.

FOTOS: PAT CHRIST

Die Würzburger Domschule legt in ihrer politischen Bildungsarbeit großen Wert auf eine konstruktive Diskussionskultur.

Von Pat Christ

Freie Journalistin

Jede Politikerin und jede Partei will das, was sie tut und was sie getan hat, in günstigem Licht darstellen. Ganz logisch. Schließlich möchte man Wählerstimmen gewinnen. Manches jedoch, was auf den ersten Blick günstig und vorteilhaft erscheinen mag, ist es beim zweiten, tieferen Blick nicht. Politische Bildung bemüht sich um tiefere Blicke. Jenseits von Parolen werden Themen facettenreich beleuchtet. Eben darum bemühte sich die Würzburger Domschule in einer zusammen mit der Uni Würzburg veranstalteten Ringvorlesung zum Thema „Menschenrechte". In zwölf Einzelveranstaltungen wurden bis Juli 2023 verschiedene Aspekte des Themas fokussiert.

Politische Bildung will zum Hinterfragen anregen und sie will hellhörig machen. Dies geschieht dadurch, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen, mit beruflich bedingt ganz unterschiedlichen Einsichten und mit ganz unterschiedlichen Erkenntnissen zusammenkommen und sich austauschen. Einen Austausch zu führen, ist heute allerdings alles andere als einfach, meint Rainer Dvorak, Direktor der Würzburger Domschule: „Und zwar vor allem deshalb, weil unsere Gesellschaft sehr plural geworden ist." Die Herausforderung besteht darin, diese Pluralität zu bewältigen. Wird der Austausch unterbunden, drohen Gefahren für den sozialen Frieden.

Bedeutet es nun aber ein letztlich inkonsequentes Verhalten politischer Bildner, wenn sie zum Beispiel Funktionäre der AfD von vornherein ausschließen? Eine heikle Frage. „Bei einer unserer Mitgliederversammlungen hatten wir darüber eine lange Diskussion", sagt Achim Budde, Direktor der Katholischen Akademie in Bayern und Vorsitzender der Katholischen Erwachsenenbildung. Am Ende sprachen sich die Mitglieder, verbunden mit einer Öffnungsklausel, für ein Teilnahmeverbot von AfD-Funktionären aus. Dabei sei es jedoch nicht darum gegangen, Diskurse einzuengen, unterstreicht Budde. Man habe nur die Erfahrung gemacht, dass AfD-Funktionäre oft keine gute Diskurskultur pflegen.

„Auch uns ist es wichtig, Denk- und Diskursräume offen zu halten", betont Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing: „Dies gilt für das Nebeneinander von sich ergänzenden Perspektiven wie auch für die Kontroverse." Das Tutzinger Angebot zielt laut Udo Hahn darauf ab, dass sich die Teilnehmende am Ende selbst ein Urteil bilden können. Bei einer Wochenendtagung dürfen darum bis zu 15 Referentinnen und Referenten ihre Positionen vorstellen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werde versucht, Themen so differenziert wie möglich zu bearbeiten.

ALLES IST HOCHKOMPLEX

Seit der Jahrtausendwende hat sich die Welt dramatisch verändert. Als Folge der Terroranschläge am 11. September 2001 startete der Krieg gegen Afghanistan unter Führung der USA. Am 20. März 2003 begannen, wie wir heute wissen, mit einer unwahren Behauptung, die „militärischen

An der Frage, ob man Funktionäre der AfD zum Diskurs einladen soll, scheiden sich in der politischen Bildungsarbeit die Geister.

Politische Bildungsarbeit hat zum Ziel, Menschen aus ihren Filterblasen herauszuholen.

Operationen zur Entwaffnung des Iraks". 2011 half die Nato, unter, wie der Spiegel damals schrieb, Umgehung des Gewaltverbots in der UNO-Charta, den Rebellen in Libyen, den dortigen Diktator zu verjagen. 2014 annektierte Russland die ukrainische Krim, 2022 begann der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Jedes einzelne Ereignis ist hochkomplex. Jedes einzelne kann kontrovers diskutiert werden.

Gerade angesichts dieser Komplexität müsste im Grunde noch viel mehr politische Bildungsarbeit geleistet werden, vor allem gilt es, die eine oder andere Lücke noch zu schließen. „Grundsätzlich nehmen wir ein großes Interesse daran wahr, zu verstehen, warum die Welt so kompliziert ist", sagt Achim Budde. Vor Ausbruch der Corona-Krise nahmen denn auch rund 150.000 Menschen im Jahr die politischen Angebote der katholischen Erwachsenenbildung in Bayern wahr. Nach wie vor allerdings gibt es Bevölkerungsgruppen, die nur schlecht erreicht werden. Zum Beispiel Menschen, die eine andere als die deutsche Sprache sprechen.

Angesichts der Komplexität dieser Welt ist es nahezu ein Ding der Unmöglichkeit, immer bestens informiert zu sein. Doch interessiert sein, das sollte man als Christ, sagt Siegfried Grillmeyer, Akademiedirektor des Caritas-Pirckheimer-Hauses in Nürnberg. Haben Christen doch den Auftrag, die Welt positiv mitzugestalten. Nun kann man nur das mitgestalten, was man auch kennt. Um die Welt kennen zu lernen, ist es für Siegfried Grillmeyer wichtig, sich „multiperspektivisch", wie er das nennt, zu informieren. In der politischen Bildungsarbeit gelte es, Begegnungs- und Beziehungsräume zu schaffen.

VERHÄRTUNGEN AUFBRECHEN

Vor dem Computerbildschirm funktioniert zwar reiner Wissenserwerb. Aber Bildung ist mehr als die Aneignung von nüchternen Fakten. Um auf der Basis von Fakten Welt mitgestalten zu können, braucht es den Austausch. In den aktuell emotional aufgeladenen Zeiten, in denen sich Fronten verhärten und Debattenräume enger werden, man denke nur an die hitzig geführten Gender-Diskussionen, wird dieser Austausch und werden Austauschräume immer bedeutsamer. Grillmeyer lädt in seine Akademie alle ein, die echtes Interesse an Austausch haben. Die inzwischen eingetretenen Verhärtungen aufzubrechen, hat er dabei erfahren, ist in der Praxis alles andere als leicht.

Wer das Parlament als Quasselbude betrachtet und jegliches Vertrauen in öffentliche Institutionen bis hin zum Statistischen Bundesamt verloren hat, bietet keine Grundlage mehr für einen Diskurs. „Studien zufolge lassen sich zwischen fünf und zehn Prozent der Bevölkerung nicht mehr über Aufklärung erreichen", so der Nürnberger Akademiedirektor. Erschreckend seien Hinweise darauf, dass die durch radikale politische Einstellungen bedingte Spaltung in der Gesellschaft zunimmt. So seien in der Corona-Krise sogar Partnerschaften an extrem divergierenden Haltungen zerbrochen. Das wiederum zeigt für Grillmeyer, wie essenziell politische Bildung ist, um hier gegenzusteuern.

In sozialen Netzwerken wird man bekanntlich mit Infos aus der eigenen Bubble gefüttert, und zwar intensiv und in einem fort. Sich politisch zu bilden, bedeutet für Barbara Schmidt, Direktorin der Katholischen Landvolkshochschule Niederalteich, genau das Gegenteil: „Es heißt, sich gerade auch mit Meinungen auseinanderzusetzen, die erst mal nicht so angenehm sind." Ihr Ziel ist es, Veranstaltungen zu konzipieren, die so kontrovers und facettenreich sind, dass jeder einzelne am Ende mit neuen Erkenntnissen herausgeht.

In einer guten politischen Bildungsveranstaltung trifft derjenige, der das Glück hatte, aufs Gymnasium gehen zu können, auf den Absolventen einer Mittelschule. Derjenige, der vor Ort arbeitet, trifft auf jemanden, der die Weltlage im Blick hat. Auch Barbara Schmidt ist es wichtig, möglichst unterschiedliche Erfahrungen einzubeziehen. Sehr gut gelang dies unlängst bei einer Veranstaltung zum Thema „Welthunger". Diskutiert wurde darüber, ob man nicht angesichts der Notwendigkeit, mehr Nahrungsmittel zu produzieren, auf Blühstreifen verzichten könnte. Gleichzeitig kam eine lebhafte Debatte über die globale Verteilungsgerechtigkeit auf.

FOTO: DEUTSCHER ETHIKRAT

FOTO: PUBLIC DOMAIN

Reinhausen mit der neobarocken Pfarrkirche St. Josef.

Begeistert sein

Kirchliches Engagement hat viele Gesichter

Professorin Dr. Kerstin Schlögl-Flierl (46 Jahre, verheiratet, zwei Kinder) ist Inhaberin des Lehrstuhls für Moraltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg, Beraterin der Bischöflichen Unterkommission „Bioethik" der Glaubenskommission (I) der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), seit 2016 Mitglied im Deutschen Ethikrat und Einzelpersönlichkeit im Landeskomitee der Katholiken in Bayern. Sie engagiert sich in der Pfarreiengemeinschaft Reinhausen, Regensburg, als Kommunionhelferin und ihr liegt besonders an den Familien in der Pfarrei und daran, als Familie ein Glaubenszeugnis abzugeben.

Warum engagieren Sie sich ehrenamtlich im kirchlichen Bereich?
Aus verschiedensten Gründen. Zum einen als Ausdruck meines Glaubens an einen nahen und nahbaren Gott, zum anderen auch als Vorbild für meine Kinder. Im Ehrenamt zeigt man neben der Haupttätigkeit Wertschätzung für bestimmte gesellschaftliche und kirchliche Bereiche und Felder. Mittlerweile ist auch mein Ehemann Kommunionhelfer. Das ist ein schöner gemeinsamer ehelicher Dienst.

Wie sind Sie zu Ihrem freiwilligen Engagement gekommen?
Ich wurde vom Pfarrer meiner Heimatpfarrei gefragt und nach einer eintägigen Ausbildung wurde ich als Kommunionhelferin vom Bischof entsandt. Ansonsten bin ich als Universitätsprofessorin in der Moraltheologie tätig, im Rahmen dessen ich auch oft Fragen zu meinem Katholischsein befragt werde, vor allem in Zeiten des Missbrauchs.

Was beschäftigt Sie im Moment?
Dass der Synodale Weg nicht alle Gläubigen und weniger Kirchennahe mitnehmen konnte. Dass manche Beschlüsse viel tiefere Dissense offengelegt haben.
Dass man angesichts des Missbrauchsskandals an vielen ehemals bedeutenden und auch verehrten Persönlichkeiten (ver)zweifelt.

Was wollen Sie bewegen?
Aufzeigen, wie der christliche und zumal der katholische Glaube lebbar ist. Mitgestalten und nicht kneifen. Dem Gott der Liebe antworten.

Kirchliches Engagement hat Zukunft, weil…
die Kirche von Gemeinschaft lebt. Vielleicht müssen wir jetzt auch durch eine Art Sterbebegleitung gehen, das heißt die Vorstellung von Volkskirche sterben lassen und dieses Sterben begleiten, um dann, gespeist aus der Auferstehungshoffnung, neue Formen von Kirche mitzugestalten.

Wem sind wir was schuldig?

Zwischen den Welten wandeln und kein Falschgeld sein!

Von Diana Schmid

Freie Journalistin

Zwischen Himmel und Erde verbringen wir unser irdisches Dasein. Als Christen leben wir somit in dieser Welt, die politisch geprägt ist. Aber als Christen sind wir nicht von dieser Welt. Wir gehören Gott. Das hat Konsequenzen.

Je nachdem, wo wir leben, zahlen wir an den Staat Steuergelder. Wir schulden dem Staat etwas. So bekommt dieser zwar einen Teil unseres Geldes, aber als Christen gehören wir ihm nicht. Wir sind nicht seine Leibeigenen. Vielmehr sind wir Gottes Eigentum. Was erwartet Gott von uns? Schauen wir in unseren Lebenswegweiser und erfahren, was uns die Bibel sagt. Im Matthäusevangelium im Kapitel 22 geht es um die leidige Steuer. Die Pharisäer gingen mit einer Fangfrage zu Jesus: Ob man dem Kaiser Steuern zahlen müsse oder nicht? Klassische Ausschlussfrage, hier geht theoretisch nur ein Ja oder Nein. Listig gedacht. Menschlich gedacht. Wenn da nur nicht Jesus vor ihnen stünde. Nach menschlicher Denke hätte sich Jesus auf die eine oder andere Seite schlagen müssen. Aber wie reagiert Jesus? Er bedient sich eines genialen Handgriffs, indem er sich sozusagen das Corpus Delicti, den Stein des Anstoßes, kommen lässt – eine Münze, die damals gängiges Zahlungsmittel gewesen ist. Wem gehört sie? Jesus will wissen: „Wessen Bild und Aufschrift ist das?“ Sie kamen nicht umhin und mussten wahrheitsgetreu antworten: „Des Kaisers.“ – woraufhin Jesus sprach: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ …

Wir müssen die Steuer somit Steuer sein lassen. Der Staat bekommt die Steuer von uns, aber das war es dann auch schon. Klar, trotz aller Steuerspartipps kommt hierzulande schnell ein schwindelerregend hohes Sümmchen zusammen. Dem haben wir uns zu fügen – oder wir suchen Zuflucht in einem Steuerparadies beziehungsweise einem anderen Land und zahlen fortan keine bis wenig Steuern. Das steht uns frei, schließlich sind wir freie Menschen. Und wenn wir steuerpflichtig sind, dann bezahlen wir diese irdische Schuld und tun gut daran, uns nicht noch weiter damit zu belasten. Sonst bekommen weltliche Dinge mehr Aufmerksamkeit und vielmehr die Aufmerksamkeit, die Gott von uns bekommen sollte. Der „Kaiser“ darf nur den Steuergroschen von uns erhalten. Aber er hat nicht die Macht über uns. Was nun aber gehört Gott? In Psalm 24 Vers 1 finden wir eine Antwort: „Die Erde ist des HERRN und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen“. Gott hat die Erde geschaffen, sie ist sein Werk. Gott hat uns geschaffen. Wir sind sein Werk – sein Werkzeug und Zeugnis. Unser Herz, unser Leben mit jeder Faser unseres Seins, es gehört ihm allein. Wir müssen uns ihm hingeben. Ihm die Ehre geben, ihm als Christ die oberste Stelle einräumen. Eine weltliche Obrigkeit mag mittels unserer Steuern so manche Güter- und Verteilungssache gut oder schlecht ordnen, aber sie ist und bleibt eine begrenzt irdisch-weltliche Instanz. Das ist gut so!

FOTO: ADOBE STOCK / BUKHTA79

Gemeinde creativ

Magazin für engagierte Katholiken – alle zwei Monate

- Informationen für die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte, Kirchenverwaltungen und katholischen Verbände
- Anregungen und Hilfen für die praktische Arbeit in der Pfarrgemeinde
- Hintergrundinformationen, Kommentare und Interviews zu gesellschaftlichen und kirchlichen Entwicklungen
- Geistliche Begleitung quer durch das Kirchenjahr

Herausgegeben vom *Landeskomitee der Katholiken in Bayern*

www.gemeinde-creativ.de

GRAPHIK: TH. PLASSMANN